

RheinlandPfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

1986

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Inhalt

Volkszählung 1987

- 21 Das Statistische Landesamt wird in den folgenden Ausgaben der Statistischen Monatshefte die einzelnen Fragebogen zur Volkszählung vorstellen und den Zweck erläutern. In diesem Heft werden zunächst die Erhebungspapiere Personenbogen, Wohnungsbogen sowie Haushaltsmantelbogen abgedruckt.

Personalfluktuat ion im öffentlichen Dienst

- 28 Die Daten aus der Personalwechselstatistik geben Auskunft über Umfang und Struktur der Personalfluktuat ion im öffentlichen Dienst.

Alkoholunfälle im Straßenverkehr

- 31 Jeder achte schwere Straßenverkehrsunfall geschieht durch Alkoholeinfluß. Die Hälfte aller Unfälle durch Alkoholeinwirkung passiert nachts zwischen 22 und 4 Uhr.

Öffentliche Wasserversorgung

- 36 Der Wasserverbrauch nimmt seit 1975 nur noch langsam zu. Für 1983 errechnet sich ein Pro-Kopf-Verbrauch von 178 Liter am Tag.

Auswirkungen des neuen Krankenhausrechts auf das DV-Verfahren KOLK

- 42 Das in den letzten Monaten novellierte Krankenhausrecht macht es erforderlich, die Automationsverfahren für Krankenhäuser, speziell das der Kosten- und Leistungsrechnung, anzupassen und zu erweitern.

Anhang

- 9* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
15* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-

Personalfluktuations im öffentlichen Dienst

Vom 1. Juli 1984 bis 30. Juni 1985 wurden in der staatlichen und kommunalen Verwaltung von Rheinland-Pfalz 20 131 Fluktuationsfälle registriert. Damit hat etwa jeder sechste vollbeschäftigte Bedienstete innerhalb eines Jahres einen statistisch zu erfassenden Wechsel seines Arbeitsplatzes vollzogen.

Die weiblichen Beschäftigten waren überproportional an den Personalveränderungen beteiligt. Frauen stellten 32 % aller Vollbeschäftigten, jedoch 53 % aller Veränderungsfälle. Ausschlaggebend für die Auflösung des bestehenden Arbeitsverhältnisses waren sowohl bei Männern als auch bei Frauen der Wechsel zu einem anderen Dienstherrn, Kündigung oder Entlassung, das Auslaufen von Zeitverträgen, Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, langfristige Beurlaubungen (ohne Mutterschaftsurlaub) oder die Einberufung zum Grundwehr- bzw. Zivildienst.

Bezogen auf jeweils 1 000 Vollbeschäftigte zeigt sich bei den Landesbediensteten, daß mehr Frauen (74) als Männer (28) aus den oben genannten Gründen ausscheiden und daß Frauen eher vorzeitig wegen Dienst-, Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (13) ihr Arbeitsverhältnis auflösen als nach Erreichen der Altersgrenze (neun), während dies bei den Männern (acht und elf) umgekehrt ist. Die Situation in den Kommunen weicht davon ab, weil ihr Personal nicht nur eine höhere Fluktuationsrate aufweist, sondern auch unterschiedliche Schwerpunkte von Gründen des Personalwechsels erkennbar sind. la

Mehr über dieses Thema auf Seite 28

Auswirkungen des neuen Krankenhausrechts auf das DV-Verfahren KOLK

Auf Grund des neuen Krankenhausrechts sind fast alle Datenverarbeitungsverfahren, die die kommunalen und staatlichen Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz im Rahmen des landesweiten Verbundsystems nutzen, anzupassen und zu erweitern. Die stärksten Änderungen betreffen das Verfahren der Kosten- und Leistungsrechnung (KOLK). Hier müssen maschinelle Hilfen zur Vorkalkulation der Kosten für einen künftigen Pflegezeitraum sowie zur Vor- und Nachkalkulation von Sonderentgelten für besonders teure Krankenhausleistungen realisiert werden. Die Entwicklung einer differenzierten Kostenträgerrechnung für Krankenhäuser erweist sich als notwendig. Die vorgesehenen Gewinn- und Verlustmöglichkeiten für Krankenhäuser bedingen eine kurzfristige Erfolgskontrolle, die durch die gezielte und aktuelle maschinelle Bereitstellung von Informationen aus dem Rechnungswesen unterstützt werden muß. za

Mehr über dieses Thema auf Seite 42

Weitere Zunahme der Sozialhilfeempfänger im Jahre 1984

Im Jahre 1984 erhielten in Rheinland-Pfalz 114 000 Personen Unterstützungen als Individualleistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz. Das waren rund 9 000 Personen oder 8,6 % mehr als nach der Stichprobenerhebung im Vorjahr. Im Vergleich zu 1982, dem letzten Jahr einer Totalerhebung, beträgt die Zunahme der Sozialhilfeempfänger 11,3 %. Damit nahmen 1984 rund 3 % der rheinland-pfälzischen Bevölkerung Sozialhilfe in Anspruch. Die Anzahl der ausländischen Hilfeempfänger belief sich auf 6 614 Personen, das sind knapp 9 % mehr als 1982.

Rund 80 % aller Empfänger lebten außerhalb von Einrichtungen und 20 % in Einrichtungen.

Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt wurde 1984 in 80 158 Fällen gewährt. Gegenüber 1983 bedeutet dies eine Steigerung um rund 12 %. Als Hauptursache für die an Haushalte gewährte laufende Hilfe zum Lebensunterhalt wurden in einem Viertel der Fälle unzureichende Versicherungs- oder Versorgungsansprüche, zu 19 % der Verlust des Arbeitsplatzes angegeben.

Auch die Zahl der Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen hat sich 1984 im Vergleich zum Vorjahr um rund 1 650 oder 3,8 % auf 45 490 erhöht. Unter den Einzelhilfen überwog dabei die Hilfe zur Pflege mit 23 714 Fällen (52,1 %). Ferner wurde 11 944 Personen (10,5 %) Krankenhilfe gewährt.

Rund 10 890 Personen erhielten Leistungen nach dem Landespflegegeldgesetz, darunter 3 982 wegen Blindheit. ki

Weniger Schüler an berufsbildenden Schulen

An den berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz werden im Schuljahr 1985/86 rund 157 000 Schüler unterrichtet. Das sind 2 000 Schüler weniger als vor einem Jahr.

Rückläufige Schülerzahlen verzeichneten die Berufsschulen, die derzeit von 124 200 Schülern besucht werden (Vorjahr 125 300) und die Berufsfachschulen mit zur Zeit 19 500 Schülern (Vorjahr 20 100). Besonders stark ging im laufenden Schuljahr die Zahl der Schüler an Berufsaufbauschulen zurück, und zwar um 300 auf 1 000 Schüler. Nahezu unverändert blieben die Schülerzahlen an Fachoberschulen mit 3 186 (Vorjahr 3 192), beruflichen Gymnasien mit 2 082 (Vorjahr 2 089) und an Fachschulen mit 7 015 Schülern (Vorjahr 6 978).

Trotz sinkender Schülerzahlen wurde die Zahl der Klassen erhöht, und zwar um 27 auf 7 030. Damit verbesserte sich die Relation Schüler je Klasse an den berufsbildenden Schulen des Landes von 22,7 auf 22,3. ke

18 % der Verkehrstoten Opfer von Alkoholunfällen

Von den 21 759 Unfällen mit Personenschaden, die sich im Jahre 1984 auf den rheinland-pfälzischen Straßen ereigneten, waren 2 574 oder 12 % von Verkehrsteilnehmern verursacht worden, die unter Alkoholeinfluß standen. Von den Verkehrstoten kamen fast 18 % bei einem durch Alkohol verursachten Unfall ums Leben. Für die Schwer- und Leichtverletzten errechnen sich Quoten von 16 bzw. 11 %.

Jeder zweite Alkoholunfall wurde zwischen 22 Uhr abends und 4 Uhr morgens registriert. Von allen Straßenverkehrsunfällen, bei denen Menschen das Leben verloren oder Verletzungen erlitten, entfielen 14 % auf diese sechs Stunden.

Im Jahre 1984 waren 11,8 % aller schweren Unfälle auf den Straßen des Landes auf Alkoholeinfluß zurückzuführen. Im Durchschnitt der kreisfreien Städte waren es 10,6 %, in den Landkreisen 12,3 %. Die relativ wenigsten alkoholbedingten Straßenverkehrsunfälle passierten mit 7,5 % in der Stadt Ludwigshafen, die meisten (17,6 %) im Landkreis Birkenfeld. pe

Mehr über dieses Thema auf Seite 31

Einzelhandelsumsätze nahmen im November 1985 um 4,1 % zu

Im November 1985 setzten die rheinland-pfälzischen Einzelhandelsbetriebe 4,1 % mehr um als im entsprechenden Vorjahresmonat. Die stärksten Steigerungen erzielten der Vertrieb von Fahrzeugen und Fahrzeugteilen (+ 14 %) sowie Textilien- und Schuhgeschäfte (+ 11 %). Deutliche Umsatzeinbußen hatten selbständige Tankstellen (- 10 %).

Von Januar bis November 1985 lagen die Einzelhandelsumsätze um 1,8 % höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die höchsten Zuwachsraten zeigten der Fahrzeughandel (+ 7,5 %) sowie Apotheken und Drogerien (+ 3,5 %). Beim Vertrieb von Einrichtungsgegenständen (- 5,8 %) und von Elektroartikeln (- 3,3 %) war die Umsatzentwicklung rückläufig. pe

Expansive Umsatzentwicklung im Gastgewerbe

Im November 1985 nahmen die Umsätze des rheinland-pfälzischen Gastgewerbes gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um 3,4 % zu. Die stärksten Steigerungen verzeichneten Hotels (+ 15 %), Bars und Tanzlokale (+ 5,6 %) sowie Schankwirtschaften (+ 4,5 %). Niedrigere Umsätze hatten Gasthöfe (- 17 %) und Speisewirtschaften (- 5,7 %).

Von Januar bis November 1985 setzte das Gastgewerbe 3,1 % mehr um als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Im Beherbergungsgewerbe nahmen die Umsätze um 8 % zu, bei den Gaststätten um 0,8 % ab. pe

Wasserverbrauch steigt langsamer

In der Zeit von 1975 bis 1983 hat sich der aus dem öffentlichen Netz zu deckende Trinkwasserverbrauch in Rheinland-Pfalz im Jahresdurchschnitt um 1,2 % erhöht. In den 60er und zu Beginn der 70er Jahre lag diese Steigerungsrate noch bei über 2,5 %.

Im Jahre 1983 gaben die Einrichtungen der öffentlichen Wasserversorgung insgesamt 235 Mill. m³ Wasser ab. Das entspricht einem täglichen Pro-Kopf-Verbrauch von 178 Liter. Über 80 % des Wassers wurden von den privaten Haushalten beansprucht. Ihr Bedarf erhöhte sich gegenüber 1979 um 7,3 %. Bei den gewerblichen Unternehmen ist ein Rückgang um 5,5 % zu verzeichnen.

In den Städten mit über 20 000 Einwohnern wird ein leichter Anstieg des Wasserbedarfs der Haushalte von einem deutlichen Rückgang bei den anderen Verbrauchergruppen überkompensiert, so daß sich hier insgesamt eine Abnahme von 2 % errechnet. In den übrigen Städten und Gemeinden des Landes ist in allen Bereichen eine Steigerung der Nachfrage festzustellen, die mit + 10 % bei den Haushalten am höchsten ausfällt. Der Pro-Kopf-Verbrauch in den ländlichen Regionen liegt deutlich unter dem der Großstädte. wz

Mehr über dieses Thema auf Seite 36.

Fast drei Viertel der im Jahre 1984 nach Libyen exportierten Produkte waren Kraftfahrzeuge und Maschinen

Im Jahre 1984 lieferte die rheinland-pfälzische Wirtschaft für nahezu 137 Mill. DM Waren nach Libyen. Bezogen wurden Güter im Wert von mehr als 28 Mill. DM. Gegenüber 1979 nahmen die Ausfuhren um 7,4 %, die Einfuhren um 88,5 % ab. In diesem Zeitraum war 1982 das Jahr mit den höchsten Exporten (563 Mill. DM) und 1981 das mit den höchsten Importen (631 Mill. DM).

Über 47 % der im Jahre 1984 für Libyen bestimmten Ausfuhren waren Kraftfahrzeuge. Es folgen Maschinen (26 %), Eisenwaren (4,7 %) und chemische Vorerzeugnisse (3,6 %). Bei der Hälfte der Maschinenexporte handelte es sich um Pumpen und Druckluftmaschinen.

Von Rheinland-Pfalz wurde aus Libyen fast ausschließlich Rohöl importiert. Aber nur 1,3 % aller Erdölimporte kamen aus diesem nordafrikanischen Staat. Das im Jahre 1984 von der Bundesrepublik bezogene Rohöl stammte zu rund 20 % aus Libyen.

Von Januar bis Oktober 1985 lieferten rheinland-pfälzische Exporteure für mehr als 58 Mill. DM Waren nach Libyen. Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum gingen die Ausfuhren um 53 % zurück. Dagegen wurden in den ersten zehn Monaten 1985 Güter im Wert von 117 Mill. DM importiert (+ 316 %). pe

Wohngeld im vierten Vierteljahr 1985

Ende 1985 bezogen in Rheinland-Pfalz 62 270 Haushalte Wohngeld. Das sind 1 723 oder 2,8 % mehr als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Mieter unter den Wohngeldbeziehern stieg um 3 % auf 56 361, die Gruppe der Empfänger von Lastenzuschuß erhöhte sich um 1,8 % auf 5 909. Im vierten Quartal 1985 wurden 24 660 Wohngeldanträge bewilligt. Zwei Drittel davon waren Wiederholungsanträge. Weitere 32 % entfielen auf Erstanträge und in knapp 2 % der Fälle handelte es sich um Erhöhungen.

Insgesamt wurden 26 Mill. DM Wohngeld gezahlt, von denen neun Zehntel auf Miet- und ein Zehntel auf Lastenzuschüsse entfielen. Im Regierungsbezirk Koblenz beliefen sich die Zahlungen auf 11,1 Mill. DM, in den Bezirken Trier und Rheinhessen-Pfalz auf 4 bzw. 10,9 Mill. DM. Der durchschnittliche Wohngeldanspruch lag im Dezember 1985 mit 111 DM um 2 DM über dem Vergleichswert des Vorjahres. Bei den Mietzuschüssen wurden Beträge von durchschnittlich 85 DM im Kreis Pirmasens bis 124 DM in Koblenz gewährt. Lastenzuschüsse wiesen eine Spanne von 75 DM in Zweibrücken bis zu 141 DM in Koblenz auf. ju

Investitionen je Beschäftigten nahmen im Baugewerbe zu

Die rheinland-pfälzischen Unternehmen des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten investierten im Jahre 1984 rund 177 Mill. DM. Dies sind 3,5 % weniger als im Jahr zuvor. Günstiger verlief die Entwicklung bei den Ausbauunternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten. Hier nahmen die Investitionen um 1,9 % auf 24 Mill. DM zu.

Die Investitionen je Beschäftigten lagen im Bauhauptgewerbe bei 4 000 DM und im Ausbaugewerbe bei 1 500 DM, das sind 2,6 bzw. 4,1 % mehr als 1983. Während sich die Ausgaben für Maschinen und maschinelle Anlagen sowohl im Bauhauptgewerbe (+ 1 %) als auch im Ausbaugewerbe (+ 6 %) erhöhten, nahmen sie für Gebäude und Grundstücke (- 29 bzw. - 13 %) ab. spe

Jeder 17. Bauarbeiter ein Ausländer

Unter den Mitte 1985 in Rheinland-Pfalz tätigen 64 800 Beschäftigten im Bauhauptgewerbe waren 3 850 Ausländer. Das entspricht einem Anteil von 5,9 %. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der Ausländer um knapp 300 vermindert (- 6,8 %), die Zahl der Beschäftigten insgesamt um - 7,5 %.

Der höchste Anteil an ausländischen Bauarbeitern errechnet sich für den Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz (9,3 %). Dies ist insbesondere auf den hohen Anteil in den Städten Ludwigshafen (18 %) und Mainz (17 %) zurückzuführen. Mit 19 % liegt der Landkreis Ludwigshafen an der Spitze aller Verwaltungsbezirke. hw

kurz + aktuell

Rückläufige Beschäftigtenzahl im Ausbaugewerbe

In den rheinland-pfälzischen Betrieben des Ausbaugewerbes mit zehn und mehr tätigen Personen waren 1985 rund 13 100 Arbeitskräfte beschäftigt. Der Personalstand hat gegenüber dem Vorjahr um 7,6 % abgenommen. Die personell stärksten Wirtschaftszweige Installation von Heizungs- und Klimaanlage (4 400 Beschäftigte) und Elektroinstallation (3 100) verzeichneten Rückgänge von 8,5 bzw. 7,5 %. Zunehmende Beschäftigtenzahlen wurden nur für den Bereich Bautischlerei und Parkettlegerei (+ 13 %) gemeldet. spe

Baufreigaben für 17 032 Wohnungen

Im Jahre 1985 wurden von den rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden Genehmigungen für 8 524 neue Wohngebäude und 1 826 Nichtwohngebäude erteilt. Das sind 13 bzw. 6,3 % weniger als im Vorjahr. Der Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser an den Wohngebäuden lag mit 92 % etwas höher als 1984. Insgesamt 17 032 Wohnungen wurden zum Bau freigegeben. Damit wurde das Vorjahresergebnis um 3 844 Wohnungen oder 18 % unterschritten.

Die veranschlagten reinen Baukosten beliefen sich auf 4,8 Mrd. DM, das sind 500 Mill. DM oder 8 % weniger als im Jahr zuvor. Von der Bausumme entfielen 66 % auf den Wohn- und 34 % auf den Nichtwohnbau. hw

35 % mehr Gäste im Fremdenverkehr im Oktober 1985

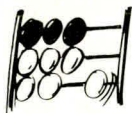
Im Oktober 1985 wurden in den Fremdenverkehrsbetrieben von Rheinland-Pfalz 701 000 Gäste und 2 233 000 Übernachtungen gezählt. Nach den Minusraten in den regenreichen Sommermonaten ergab sich damit eine erhebliche Ausweitung des Fremdenverkehrs gegenüber Oktober 1984. Die Zahl der Gäste erhöhte sich um 35 %, die der Übernachtungen um 7,5 %.

Von Januar bis Oktober 1985 übernachteten 4,8 Mill. Gäste, das sind 0,5 % mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 1984. Die Besucher hielten sich im Durchschnitt zwischen drei und vier Tagen am Urlaubsort auf, so daß 16,9 Mill. Übernachtungen registriert werden konnten (+ 1,2 %). Die Zahl der deutschen Gäste ging um 2 % auf 3,5 Mill. zurück, deren Übernachtungen um 1,2 % auf 12,9 Mill. Dagegen stiegen die Fremdenverkehrszahlen für ausländische Besucher erheblich an (Gäste + 8,2 %; Übernachtungen + 10 %).

Nach der Entwicklung in den ersten zehn Monaten zeichnet sich für das Jahr 1985 eine leichte Zunahme der Übernachtungszahl in den rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetrieben um etwa 1,5 % ab. Mit 5,3 Mill. Gästen und 18,6 Mill. Übernachtungen wird der hohe Stand des Jahres 1980, das bisherige Rekordergebnis, nahezu wieder erreicht. sr

Man hat viel über ihn geredet. Hier ist er.

Volkszählung.



**10 Minuten,
die allen helfen.**

Mit dieser Anzeige in mehreren großen Publikumszeitschriften hat das Statistische Bundesamt im Dezember 1985 die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Information der Bevölkerung über die Volkszählung 1987 gestartet. Weitere Anzeigenserien, die im Februar 1986 begonnen haben, sollen die Bevölkerung mit der Volkszählung näher vertraut machen. Das Statistische Landesamt wird in den folgenden Ausgaben der Statistischen Monatshefte die einzelnen Fragebogen zur Volkszählung vorstellen und den Zweck erläutern. In diesem Heft werden zunächst die Erhebungspapiere Personenbogen, Wohnungsbogen sowie Haushaltsmantelbogen abgedruckt.

VOLKSZÄHLUNG 1987

Personenbogen

Name der Gemeinde :

Belegart

2

Heft-Nr.

54 338 274

Lfd. Nr. der Person

1

Rechtsgrundlage :

Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1987)
Stichtag: 25. Mai 1987

Muster 10/85

Bitte so
markieren

FÜR ALLE PERSONEN

1 Geburtsangaben

a) Geburtsjahr

b) Geburtsmonat

1. Januar bis 24. Mai

25. Mai bis 31. Dez.

2 Geschlecht

männlich

weiblich

3 Familienstand

ledig

verheiratet

verwitwet

geschieden

4 Rechtliche Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft

Römisch-katholische Kirche

Evangelische Kirche

Evangelische Freikirche

Jüdische Religionsgesellschaft

Islamische Religionsgemeinschaft

andere Religionsgesellschaften

keiner Religionsgesellschaft rechtlich zugehörig

5 Welche Staatsangehörigkeit haben Sie ?

deutsch

griechisch

italienisch

übrige EG-Staaten

jugoslawisch

türkisch

sonstige/keine

6 Wird von Ihnen noch eine weitere Wohnung (Unterkunft/Zimmer) in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) bewohnt ?

Falls ja :

a) Für Verheiratete, die nicht dauernd getrennt leben :
Ist die hiesige Wohnung die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie ?

nein

ja

b) Für alle übrigen Personen :
Ist die hiesige Wohnung die vorwiegend benutzte Wohnung ?

nein

ja

c) Außerdem für Erwerbstätige, Schüler/Studenten :
Gehen Sie vorwiegend von der hiesigen Wohnung aus zur Arbeit oder Schule/Hochschule ?

nein

ja

7 Sind Sie

erwerbstätig¹⁾

Vollzeit (über 36 Std.²⁾ in der Woche)

Teilzeit (bis zu 36 Std.²⁾ in der Woche)

arbeitslos, arbeitsuchend

nicht erwerbstätig

Hausfrau, Hausmann

Schüler, Student

Mehrfache
Antworten
möglich

¹⁾ Auch Landwirt, mithelfender Familienangeh., Auszubildender, Soldat, Zivildienstleistender

²⁾ Maßgebend ist die normalerweise in der Woche geleistete Arbeitszeit

8 Leben Sie überwiegend von

Erwerbs-, Berufstätigkeit

Arbeitslosengeld, -hilfe

Rente, Pension

eigenem Vermögen, Vermietung, Verpachtung, Altenteil

Unterhalt, Zuwendungen durch Eltern, Ehegatten usw.

sonstigen Unterstützungen (z. B. Sozialhilfe, BAföG)

FÜR PERSONEN VON 15 BIS 65 JAHRE

FÜR ERWERBSTÄTIGE UND SCHÜLER/STUDENTEN

FÜR ERWERBSTÄTIGE

Falls Sie einen Abschluß an einer allgemeinbildenden bzw. berufsbildenden Schule/Hochschule haben :

9 Welchen höchsten allgemeinen Schulabschluß haben Sie ?

Volksschule, Hauptschule

Realschule/gleichwertiger Abschluß (z. B. Mittlere Reife)

Hochschulreife (Abitur), Fachhochschulreife

10 a) Welchen höchsten Abschluß an einer berufsbildenden Schule (ohne Berufsschule) oder Hochschule haben Sie ?

Berufsfachschule

(z. B. Handels-, Verwaltungsschule)

Fachschule

Fachhochschule (Ing.-Schule, höhere Fachschule)

Hochschule (einschließlich Lehrerausbildung)

b) Welche Hauptfachrichtung hat dieser Abschluß ?

11 Falls Sie eine praktische Berufsausbildung (z. B. Lehre) abgeschlossen haben :

a) Auf welchen Lehrberuf bezog sich diese Ausbildung ?

b) Wie lange dauerte diese Ausbildung ? Jahr(e) :

12 Bitte Name und Anschrift Ihrer Arbeitsstätte oder Schule/Hochschule angeben

Name

Straße/Hausnummer :

PLZ

Gemeinde :

13 Welches Verkehrsmittel benutzen Sie hauptsächlich (längste Strecke) auf dem Hinweg zur Arbeit oder Schule/Hochschule ?

kein Verkehrsmittel (zu Fuß)

Fahrrad

Pkw

U-Bahn, S-Bahn, Straßenbahn

Eisenbahn

Bus, sonst. öffentl. Verkehrsmittel

sonstiges (Motorrad, Moped, Mofa)

14 Wieviel Zeit benötigen Sie normalerweise für den Hinweg zur Arbeit oder Schule/Hochschule ?

entfällt, da auf gleichem Grundstück

unter 15 Minuten

15 bis unter 30 Minuten

30 bis unter 45 Minuten

45 bis unter 60 Minuten

60 Minuten und mehr

15 Sind Sie zur Zeit tätig als

Facharbeiter

sonstiger Arbeiter

Angestellter

Auszubildender

Beamter, Richter, Beamtenanwärter, Soldat, Zivildienstl.

Selbständiger

mit bezahlten Beschäftigten

ohne bezahlte Beschäftigte

mithelfender Familienangehöriger

16 Falls Sie eine Nebenerwerbstätigkeit ausüben, handelt es sich um eine

landwirtschaftliche

nichtlandwirtschaftliche

17 Zu welchem Wirtschaftszweig (Branche, Behörde) gehört der Betrieb (Firma, Dienststelle), in dem Sie tätig sind ?

18 Welche Tätigkeit, welchen Beruf üben Sie aus ?

NUR VOM STATISTISCHEN LANDESAMT AUSZUFÜLLEN :

Geburtsjahr (1 a)
2., 3. u. 4. Stelle

Hauptfach-
richtung (10 b)

Erlernter
Beruf (11 a)

Dauer (11 b)

Arbeitsstätte, Schule/Hochschule (Pendler)
Land (12) Gemeinde (12) Straße (12)

Hausnummer (12)

Wirtschafts-
zweig (17)

Ausgeübte Tätigkeit (18)

* siehe Erläuterungen im Haushaltsmantelbogen

systemform Prien VZ 87/10.85

VOLKSZÄHLUNG 1987

Belegart

1

Heft-Nr.

54 338 274

Muster 10/85

Wohnungsbogen
mit Gebäudeangaben

Name der Gemeinde:

Bitte so
markieren

Die Wohnung steht leer

Die Wohnung ist von Angehörigen ausländischer Streitkräfte,
diplomatischer, berufskonsul. Vertretungen oder der
Ständigen Vertretung der DDR privatrechtlich gemietet.

Rechtsgrundlage:

Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und
Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1987) Stichtag: 25. Mai 1987

Wohnungsangaben

FÜR ALLE
HAUSHALTE

1 Bewohnen Sie die Wohnung/Räume als

- a) Eigentümer, Miteigentümer oder Kaufanwärter
b) Hauptmieter (einschließlich Altenteiler)
c) Untermieter

Untermieter brauchen im Wohnungsbogen
keine weiteren Fragen zu beantworten.

2 Ist die Wohnung eine Freizeitwohnung?

nein

ja

3 Wann ist der Haushalt in diese
Wohnung eingezogen?

vor 1970

1970-1974

1975-1979

1980-1984

1985

1986

1987

Bitte das Einzugsjahr für das am längsten
hier wohnende Haushaltsmitglied angeben.

4 Sind innerhalb der Wohnung

Küche

Kochnische

Bad/Dusche

WC

Mehrfache
Antworten
möglich5 a) Wird die Wohnung überwiegend
beheizt mit

Fern-, Blockheizung

Zentralheizung

Etagenheizung

Einzel- oder Mehrraumöfen (auch Elektroöfen)

b) Welcher Brennstoff, welche
Wärmequelle wird verwendet?

Gas

Heizöl

Strom

Kohle, Holz usw.

Fernwärme

Sonnenenergie, Wärmepumpe

Mehrfache
Antworten
möglichFÜR EIGENTÜMER,
HAUPTMIETER6 Wie viele Räume der Wohnung haben
mindestens 6 Quadratmeter?

(ohne Küche, Bad, WC, Flur)

1

4

7

2

5

8

3

6

9

oder mehr

Falls davon Räume untervermietet oder
gewerblich genutzt sind:

a) Anzahl der untervermieteten Räume

1

2

3

b) Anzahl der gewerblich genutzten Räume

1

2

3

oder mehr

7 Wie groß ist die Fläche
der gesamten Wohnung?(einschließlich Küche, Bad, WC, Flur, Mansarden
und ähnliches sowie untervermieteter oder
gewerblich genutzter Räume in der Wohnung)

volle Quadratmeter

8 Ist die Wohnung mit Mitteln des
sozialen Wohnungsbaus gefördert?

nein

ja

FÜR HAUPTMIETER

9 Wie hoch ist die Monatsmiete?

Zur Miete rechnen auch die monatlich aufzu-
wendenden Beträge für Wasser, Kanalisation,
Straßenreinigung, Müllabfuhr, Treppenhau-
sbeleuchtung, Schornsteinreinigung.Nicht zur Miete rechnen Umlagen für Zentral-
heizung, Warmwasserversorg., Garagenmiete,
Untermieterzuschlag, Zuschlag für Möblierung.

volle DM

10 a) Handelt es sich um eine Dienst-,
Werkswohnung, Berufs- oder
Geschäftsmietwohnung?

nein

ja

b) Ist die Wohnung vom Eigentümer
verbilligt, kostenlos überlassen oder ist
die Miete wegen finanzieller Vorleistun-
gen (z. B. Mieterdarlehen) ermäßigt?

nein

ja

FÜR LEERSTEHENDE WOHNUNGEN

11 Seit wie vielen Monaten steht
die Wohnung leer?

bis 3

7-12

4-6

13

oder mehr

Gebäudeangaben: Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Eigentümer oder Verwalter dieses Gebäudes sind!

1 Gebäudeart

Wohngebäude

(Gebäude mindestens zur Hälfte
für Wohnzwecke genutzt)

sonstiges Gebäude mit Wohnraum

bewohnte Unterkunft

(z. B. Baracke)

Außerdem bei Wohnheimen:

Wird dieses Gebäude
vollständig oder teilweise
als Wohnheim genutzt?

vollständig

teilweise

2 Wer ist Eigentümer,
Kaufanwärter bzw.
Erbbauberechtigter
des Gebäudes?

Einzelperson oder Ehepaar,

Erbengemeinschaft oder

ähnliche Personengemeinschaft

Gemeinschaft von Wohnungseigentümern

(nur bei Eigentumswohnungen)

gemeinnütziges Wohnungsunternehmen, Wohnungs-

baugenossensch. oder Organ der staatl. Wohnungspolitik

freies Wohnungsunternehmen

sonstiger Eigentümer

3 Baujahr des Gebäudes

(Jahr der Bezugsfertigstellung)

Bei Erweiterungs- und

Umbauten ist das

ursprüngliche Baujahr

anzugeben, bei Wieder-

aufbau nach Totalschaden

das Jahr des Wiederaufbaus.

bis 1900

68

78

1901-18

69

79

1919-48

70

80

1949-57

71

81

1958-62

72

82

63

73

83

64

74

84

65

75

85

66

76

86

67

77

87

4 Sind Wohnungen im Gebäude
mit Mitteln des sozialen
Wohnungsbaus gefördert?

(nur Erster Förderungsweg)

keine

alle

nur ein Teil

NUR VOM STATISTISCHEN LANDESAMT AUSZUFÜLLEN:

Fläche (7)

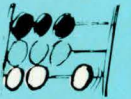
Miete (9)

Gebäude

0

* siehe Erläuterungen im Haushaltsmantelbogen

VOLKSZÄHLUNG 1987



Haushaltsmantelbogen

Der Haushaltsmantelbogen mit seinen Angaben dient allein zur Organisation der Zählung. Ihr Name wird nicht auf elektronischen Datenträgern gespeichert. Er dient lediglich dazu, die Vollständigkeit der Erhebung zu gewährleisten. Mit Stichtag **25. Mai 1987** findet nach 17 Jahren wieder eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung statt. Die **Rechtsgrundlage** hierfür ist das Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1987) vom 8. 11. 1985 (BGBl. I S. 2078) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG) vom 14. 3. 1980 (BGBl. I S. 289).

Wichtig! Für jeden Haushalt muß ein gesonderter Haushaltsmantelbogen angelegt werden.

Zu einem Haushalt zählen alle Personen, die gemeinsam wohnen und wirtschaften. Wer allein wirtschaftet, bildet einen eigenen Haushalt.

Tragen Sie bitte Ihre Anschrift, Familien-, Vornamen aller Haushaltsmitglieder und die Heft-Nummer Ihres Haushaltsheftes (das ist die Nummer rechts oben auf dem Wohnungs- und Personenbogen) in den Haushaltsmantelbogen ein. In die Bemerkungsspalte können Sie eigene Hinweise, z.B. Postversand, eintragen.

Um Ihnen das Ausfüllen der Erhebungsvordrucke zu erleichtern, enthält dieser Bogen hierzu einige allgemeine Hinweise und Erläuterungen zum Wohnungsbogen und zum Personenbogen.

Falls Sie noch Fragen haben, z.B. über die Notwendigkeit der Zählung, das Statistikgeheimnis, die Aufgaben des Zählers, die Vernichtung der Erhebungsvordrucke, können Sie entsprechende Hinweise den »Informationen zur Volkszählung 1987« entnehmen.

Anschrift:

Gemeinde _____ Gemeindeteil _____

Straße _____ Haus-Nr. _____

Um evtl. Rückfragen zu erleichtern, bitten wir um freiwillige Angabe der Telefonnummer.

Tel.-Nr. _____

Verzeichnis der Personen

(Bei 11 und mehr Personen im Haushalt bitte weiteren Haushaltsmantelbogen ausfüllen)

Lfd. Nr. der Person (siehe Personenbogen rechts oben)	Familienname, Vorname	Heft-Nummer	Bemerkungen
1			
2			
3			
4			
5			
6			
7			
8			
9			
10			

Hinweise zum Ausfüllen der Erhebungsvordrucke

Aus Gründen der Übersichtlichkeit und besseren Lesbarkeit wurden nicht durchgängig weibliche und männliche Bezeichnungen der einzelnen Personengruppen verwendet. Wir bitten hierfür um Ihr Verständnis.

Allgemeine Hinweise

- a) Für jeden Haushalt ist ein Wohnungsbogen und für jede Person im Haushalt ein Personenbogen auszufüllen, beispielsweise auch für Säuglinge, Hausgehilfinnen und Personen mit weiterer Wohnung oder Unterkunft/Zimmer (z.B. auswärts wohnende Erwerbstätige, Schüler, Studenten, Grundwehrdienstleistende, Zivildienstleistende), auch wenn sie am Tage der Zählung nicht anwesend sind. Dazu gehören auch Personen in Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften, die noch im Haushalt gemeldet sind. Bei Haushalten mit mehr als 5 Personen sind die Personenbogen eines zweiten Haushaltsheftes zu verwenden. Der zweite Wohnungsbogen wird dann nicht noch einmal ausgefüllt, sondern leer zurückgegeben.
- b) Personen mit mehr als einer Wohnung in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) zählen in jeder Wohnung zu einem Haushalt. Für jeden dieser Haushalte ist ein Haushaltsmantelbogen, ein Wohnungsbogen und für jede Person in diesen Haushalten ein Personenbogen auszufüllen.
- c) Personen, die in Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften leben, füllen dort, **wenn sie einen eigenen Haushalt führen**, sowohl einen Wohnungsbogen als auch einen Personenbogen und den Haushaltsmantelbogen aus;

wenn sie keinen eigenen Haushalt führen, nur einen Personenbogen aus (wenn sie außerhalb der Gemeinschafts- und Anstaltsunterkunft keine weitere Wohnung haben).

- d) Der Wohnungsbogen enthält im unteren Abschnitt auch noch Fragen zum Gebäude. Diese Fragen sind nur dann vom Eigentümer oder Verwalter für Gebäude mit Wohnraum zu beantworten, wenn er nicht bereits einen Gebäudebogen im Rahmen einer Vorerhebung 1986/87 ausgefüllt hat.

Rückgabe der Erhebungsvordrucke:

Sie können die ausgefüllten Fragebogen für den Haushalt oder für sich allein

- dem Zähler aushändigen oder in verschlossenem Umschlag übergeben,
- innerhalb einer Woche bei Ihrer Erhebungsstelle abgeben oder dorthin übersenden. Der Versand ist für Sie portofrei, wenn Sie den amtlichen Umschlag verwenden, den Sie auf Anforderung vom Zähler erhalten.

Wenn Sie die Unterlagen in einem verschlossenen Umschlag übermitteln, dann schreiben Sie bitte Ihren Vor- und Familiennamen sowie Gemeinde, Straße und Hausnummer auf den Umschlag.

Hinweise zum Ausfüllen

Die Wohnungs- und Personenbogen werden maschinell gelesen. Wir bitten Sie deshalb, die Erhebungsbogen mit Bleistift auszufüllen, nicht zu knicken und nicht zu falten.

Bei den meisten Fragen sind nur die vorgegebenen Antwortkategorien zu markieren, einige Fragen sind aber auch in Klartext bzw. mit Zahlenangaben zu beantworten.

Beispiel:

Name der Gemeinde:

Wiesbaden

1 Geburtsangaben

a) Geburtsjahr

1 9 4 1

b) Geburtsmonat

1. Januar bis 24. Mai

25. Mai bis 31. Dez.

2 Geschlecht

männlich

weiblich

3 Familienstand

ledig

verheiratet

verwitwet

geschieden

17 Zu welchem Wirtschaftszweig (Branche, Behörde)

* gehört der Betrieb (Firma, Dienststelle), in dem Sie tätig sind?

Lebensmittel-Einzelhandel

Klartext bitte
in Druckbuchstaben

Zahlenangabe

Strichmarkierungen
bitte **so** markieren

Klartext bitte
in Druckbuchstaben

Fragen, die im Wohnungsbogen und im Personenbogen mit * gekennzeichnet sind, werden auf den nächsten Seiten erläutert. Sie können darüber hinaus Ihren Zähler fragen oder Ihre Erhebungsstelle anrufen und um weitere Erläuterungen bitten.

Erläuterungen zu den Wohnungsangaben

Zu Frage 1 : Bewohnen Sie die Wohnung/Räume als . . .

Haushalte in Wohnheimen markieren die Kategorie »b) Hauptmieter (einschließlich Altenteiler)«, sofern sie nicht Eigentümer der Wohnung sind.

Zu Frage 2 : Ist die Wohnung eine Freizeitwohnung?

Eine Wohnung, in der Personen lediglich ihre Freizeit verbringen (z.B. am Wochenende, während des Urlaubs, der Ferien), wird als Freizeitwohnung bezeichnet. Sie kann

- vom Eigentümer selbst genutzt werden,
- an Dritte vermietet werden oder
- an Dritte kostenlos überlassen werden.

Die Vermietung kann erfolgen

- über den Eigentümer,
- über einen Hotelbetrieb oder über eine sonstige Organisation.

Freizeitwohnungen kann es in jedem Gebäude geben (z.B. Wochenend- und Ferienhaus, Mehrfamilienhaus).

Zu Frage 5 : Wird die Wohnung überwiegend beheizt mit . . .

a) Bei Fern- und Blockheizungen werden die Wohnungen mehrerer Gebäude von einer zentralen Heizquelle aus beheizt.

Bei Zentralheizung versorgt die zentrale Heizquelle die Wohnungen nur eines Gebäudes.

Bei Etagenheizung werden die Räume einer Wohnung von einer nur für diese Wohnung bestimmten Heizquelle beheizt.

b) Bei Fernheizung ist immer »Fernwärme« zu markieren.

Zu Frage 6 : Wie viele Räume der Wohnung haben mindestens 6 Quadratmeter?

Zur Wohnung zählen auch außerhalb des eigentlichen Wohnungsabschlusses liegende Räume (z.B. Mansarden) sowie zu Wohnzwecken ausgebaut Keller- und Bodenräume.

Zu Frage 7 : Wie groß ist die Fläche der gesamten Wohnung?

Mieter können die Fläche der Wohnung im allgemeinen dem Mietvertrag entnehmen.

- Flächen, die unter einer Schräge liegen, sind halb zu rechnen,
- Balkone sind zu einem Viertel zu rechnen,
- Keller- und Bodenräume (Speicher) bleiben unberücksichtigt, wenn sie nicht zu Wohnzwecken ausgebaut sind.

Zu Frage 8 : Ist die Wohnung mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gefördert?

Mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus **gefördert** gelten nur solche Wohnungen, die nach der Währungsreform (20. Juni 1948) fertiggestellt worden sind und für die öffentliche Mittel (des Bundes, des Landes oder der Gemeinde) zur Errichtung von Sozialwohnungen, also im Rahmen des sogenannten Ersten Förderungsweges, bewilligt wurden.

Zu den öffentlichen Mitteln des Ersten Förderungsweges zählen u.a.

- Darlehen zur Deckung der Baukosten (in der Regel öffentliche Baudarlehen oder Landesbaudarlehen genannt),
- Darlehen oder Zuschüsse zur Deckung der laufenden Aufwendungen (Annuitätshilfen, Aufwendungszuschüsse oder -darlehen, Zinszuschüsse).

Für eine öffentlich geförderte Wohnung muß – im Falle einer Neuvermietung der Wohnung – der Mieter einen Wohnberechtigungsschein der zuständigen Gemeinde- oder Kreisbehörde (z.B. Wohnungsamt, Sozialamt) vorlegen.

Nicht zu den öffentlichen Mitteln im oben genannten Sinn zählen

- Mittel des sog. Zweiten Förderungsweges, z.B. Aufwendungsdarlehen nach dem Regionalprogramm des Bundes,
- Aufbaudarlehen nach dem Lastenausgleichsgesetz,
- Wohnungsfürsorgemittel für öffentlich Bedienstete des Bundes, der Länder oder Gemeinden,
- Mittel zur Förderung der Modernisierung oder für Maßnahmen zur Einsparung von Heizenergie,
- 7b-Abschreibungen und sonstige Steuervergünstigungen, Bausparprämien.

Sind die Förderungsmittel vorzeitig zurückgezahlt oder abgelöst worden, so gelten die Wohnungen am Zählungstichtag – von Ausnahmefällen abgesehen – nur noch dann als öffentlich gefördert, wenn die Rückzahlung oder Ablösung nach dem 1.1.1979 erfolgte.

Hauptmieter, denen nicht bekannt ist, ob ihre Wohnung mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gefördert ist, machen keine Angaben.

Erläuterungen zu den Gebäudeangaben

Zu Frage 1 : Gebäudeart

Wohngebäude werden mindestens zur Hälfte für Wohnzwecke genutzt; bei **sonstigen Gebäuden mit Wohnraum** wird weniger als die Hälfte der Gesamtnutzfläche für Wohnzwecke genutzt – der überwiegende Teil dient gewerblichen, sozialen, kulturellen oder Verwaltungs-Zwecken.

Bewohnte Unterkünfte sind behelfsmäßige Bauten zur vorübergehenden Nutzung. Hierzu zählen z.B. Baracken, Behelfsheime, festverankerte Wohnschiffe, Bauzüge und Gartenlauben.

Wohnheime dienen den Wohnbedürfnissen bestimmter Bevölkerungskreise, z.B. Studenten, ältere Menschen. Ein Gebäude kann vollständig als Wohnheim dienen; dann führt es meistens die Bezeichnung »Wohnheim«, z.B. Studentenwohnheim, Altenwohnheim, Schwesternwohnheim, Wohnheim für Mutter und Kind. Andererseits kann ein Gebäude nur teilweise als Wohnheim genutzt werden (z.B. Altenzentrum).

Zu Frage 4 : Sind Wohnungen im Gebäude mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gefördert?

Siehe die Erläuterungen zu den Wohnungsangaben (Frage 8).

Erläuterungen zum Personenbogen

Zu Frage 4 : Rechtliche Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft

Zu Evangelischen Freikirchen zählen u.a. der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (Baptisten), die Evangelisch-methodistische Kirche, der Bund freier evangelischer Gemeinden in Deutschland, die Vereinigung der Deutschen Mennonitengemeinden.

Zu Frage 5 : Welche Staatsangehörigkeit haben Sie?

Besteht neben der deutschen noch eine weitere Staatsangehörigkeit, so ist »deutsch« zu markieren. Staatenlose oder Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit markieren »sonstige/keine«. Zu den übrigen EG-Staaten gehören Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien und Nordirland, Irland, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Spanien.

Zu Frage 6 : Wird von Ihnen noch eine weitere Wohnung . . .

Unter **hiesiger Wohnung** ist diejenige Wohnung zu verstehen, für die dieser Personenbogen ausgefüllt wird.

Bei einer **weiteren Wohnung** (Unterkunft/Zimmer) kann es sich auch um möblierte Zimmer am Arbeits- oder Ausbildungsort handeln. Nicht als weitere Wohnung zählen Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünfte, soweit dort kein eigener Haushalt geführt wird.

Für Grundwehrdienstleistende und Wehrübende zählt die Kaserne nicht als weitere Wohnung. Personen, die auf einem Schiff noch eine weitere Wohnung oder Unterkunft haben, markieren bei Frage 6 »nein«.

Für Verheiratete ist nach dem Melderecht die Wohnung der Familie die **vorwiegend benutzte Wohnung** (Hauptwohnung). Für Verheiratete, die nicht dauernd getrennt leben (z.B. Wochenend- oder Monatspendler, Arbeitnehmer auf Montage), ist ebenfalls die Wohnung der Familie die **vorwiegend benutzte Wohnung** (Hauptwohnung). (Ausnahme: festverankerte Wohnschiffe).

Für alle übrigen Personen (Ledige, Verwitwete, Geschiedene sowie Verheiratete, die dauernd getrennt leben) ist nach dem Melderecht die Hauptwohnung die vorwiegend benutzte Wohnung. In Zweifelsfällen ist die vorwiegend benutzte Wohnung dort, wo der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen der Einwohner liegt.

Weitere Erläuterungen zum Personenbogen

Zu Frage 7 : Sind Sie erwerbstätig, arbeitslos . . .

Erwerbstätige sind Personen, die in einem Arbeits-/Dienstverhältnis stehen, selbständig ein Gewerbe betreiben, freiberuflich oder als mithelfende Familienangehörige tätig sind. Teilnehmer an Fortbildungs-, Umschulungs- und Rehabilitationsmaßnahmen mit Arbeitsvertrag markieren ebenfalls »erwerbstätig«. Ehrenamtliche Tätigkeiten gelten nicht als Erwerbstätigkeit.

»Erwerbstätig bis zu 36 Std. in der Woche« wird auch markiert, wenn nur stundenweise, halbtags oder nur an bestimmten Tagen in der Woche gearbeitet wird.

Arbeitslose, die sich etwas dazuverdienen, markieren neben »arbeitslos, arbeitsuchend« auch »erwerbstätig bis zu 36 Std. in der Woche«.

Jugendliche im Berufsgrundbildungsjahr markieren »nicht erwerbstätig« und »Schüler, Student«.

Zu Frage 8 : Leben Sie überwiegend von . . .

Die Unterhaltsquelle, aus der der überwiegende Lebensunterhalt bestritten wird, darf nur bei dem unmittelbaren Bezieher, Berechtigten markiert werden, nicht aber bei den Angehörigen. Diese markieren ggf. »Unterhalt, Zuwendungen durch Eltern, Ehegatten usw.«. Stipendien sind bei »sonstigen Unterstützungen (z.B. Sozialhilfe, BAföG)« zu markieren; desgleichen Unterhaltsgeld nach dem Arbeitsförderungsgesetz für Umschulung und Fortbildung sowie für Arbeits- und Berufsförderung Behinderter.

Zu Frage 9 : Welchen höchsten allgemeinen Schulabschluß haben Sie?

Bei dieser Frage ist jeweils nur die abgeschlossene Schulausbildung zu markieren. Schüler, die noch eine allgemeinbildende Schule besuchen, beantworten die Frage 9 nicht.

Wurde eine Realschule oder ein Gymnasium vor Erreichen der Mittleren Reife verlassen, so ist »Volksschule, Hauptschule« zu markieren. Bei Abgang nach Erreichen der Mittleren Reife, aber vor dem Abitur, ist »Realschule . . .« zu markieren.

Personen, die eine entsprechende Schule des Zweiten Bildungsweges (z.B. Abendgymnasium/Kolleg) besucht haben, markieren je nach erreichten Abschluß »Realschule . . .« oder »Hochschulreife (Abitur) . . .«.

Zu Frage 10 : Welchen höchsten Abschluß an einer berufsbildenden Schule oder Hochschule . . .

a) Berufsfachschulen sind berufsvorbereitende Vollzeitschulen. Zu ihnen gehören u.a. Handelsschulen, höhere Handelsschulen, Verwaltungsschulen, Sprachen- und Dolmetscherschulen, Haushaltsschulen, Schulen für Kinderpflegerinnen, Schulen für Arzthelferinnen, Kunstschulen und Schauspielschulen.

Fachschulen vermitteln eine weitergehende fachliche Ausbildung im Beruf. Sie können Vollzeit- oder Teilzeitschulen sein.

Die Fachschulen werden in der Regel als »Fachschulen für . . . (Berufsziel bzw. Fachrichtung)« bezeichnet, z.B. Fachschulen für Technik (auch Technikerschulen), Fachschulen für Wirtschaft, für Landwirtschaft, für Hauswirtschaft, für Textil und Bekleidung, für Sozialpädagogik. Hierzu zählen auch Meisterschulen.

Die Fachhochschulen sind größtenteils aus den früheren Ingenieurschulen und höheren Fachschulen hervorgegangen. Sie haben die Aufgabe, durch praxisbezogene Lehre eine auf wissenschaftlicher und künstlerischer Grundlage beruhende Bildung zu vermitteln, die zu selbständiger Tätigkeit im Beruf befähigt. Zu den Fachhochschulen zählen auch die Verwaltungsfachhochschulen, an denen Nachwuchskräfte für den gehobenen nichttechnischen Dienst des Bundes und der Länder ausgebildet werden.

Unter »Hochschule« ist hier das Studium an Universitäten, pädagogischen und theologischen Hochschulen, Kunsthochschulen sowie in den wissenschaftlichen Studiengängen der Gesamthochschulen anzugeben.

b) Hier ist der fachliche Schwerpunkt anzugeben, auf den der Abschluß an einer Berufsfach-, Fach-, Fachhoch-, Hochschule ausgerichtet war, z.B. Landwirtschaft, Maschinenbau, Elektrotechnik, Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre, Hochbau, Tiefbau, Warenhandel, Verkehr, Bank- und Versicherungswesen. Bei Abschluß an einer Handelsschule bitte »Handelsschule« eintragen.

Zu Frage 11 : Praktische Berufsausbildung, Dauer

a) Zur abgeschlossenen praktischen Berufsausbildung zählt neben einer mit Erfolg abgeschlossenen Lehre/Anlernzeit auch die erfolgreiche praktische Ausbildung z.B. als Krankenschwester oder als Krankenpfleger. Berufsförderungslehrgänge für Soldaten, die mit einer Facharbeiter-, Gesellen- oder Gehilfenprüfung abgeschlossen wurden, sind ebenfalls anzugeben.

Volontärzeiten, ein Praktikum sowie die praktische Ausbildung eines Beamten sind nicht anzugeben, ebenso wenig der Abschluß an einer berufsbildenden Schule oder Hochschule.

Bei einer praktischen Berufsausbildung für mehr als einen Beruf ist nur die letzte Ausbildung und deren Dauer maßgebend.

b) Die Dauer dieser Ausbildung ist stets auf volle Jahre aufzurunden,

z.B. 2 Jahre und 1 Monat	= 3 Jahre
2 Jahre und 10 Monate	= 3 Jahre
3 1/2 Jahre	= 4 Jahre

Zu Frage 12 : Name und Anschrift Ihrer Arbeitsstätte oder Schule/Hochschule

Hier ist die vollständige Anschrift der Arbeitsstätte anzugeben, an der der Befragte seiner täglichen Beschäftigung nachgeht (unabhängig vom etwaigen Sitz der Verwaltung oder vom Hauptsitz des Betriebes). Schüler und Studenten geben die Anschrift ihrer Schule/Hochschule an.

Beschäftigte mit häufig oder ständig wechselndem Arbeitsort (z.B. Vertreter, Reisende) tragen »wechselnd« ein.

Falls mehrere Erwerbstätigkeiten ausgeübt werden, ist die Anschrift des Betriebes anzugeben, in dem die befragte Person überwiegend arbeitet. Im Haushalt beschäftigte Personen, wie Haushälterinnen und Kindermädchen, geben als Arbeitsstätte den Haushalt an.

Berufsschüler, die in keinem Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis stehen, geben die Anschrift der Berufsschule an.

Der Name der Arbeitsstätte, Schule, Hochschule ist Hilfsmerkmal und wird nicht gespeichert.

Zu Fragen 13, 14 : Welches Verkehrsmittel benutzen Sie hauptsächlich . . . Wieviel Zeit benötigen Sie normalerweise für den Hinweg . . .

Für Personen mit wechselndem Arbeitsort (z.B. Vertreter, Reisende) ist in Frage 13 »kein Verkehrsmittel . . .« und in Frage 14 »entfällt . . .« zu markieren.

Zu Frage 15 : Sind Sie zur Zeit tätig als . . .

Heimarbeiter markieren entsprechend ihrer ausgeübten Tätigkeit »sonstiger Arbeiter« oder »Facharbeiter«. Zu den Facharbeitern zählen auch Gesellen. Praktikanten und Volontäre gelten als Auszubildende.

Haushaltsgewerbetreibende, Zwischenmeister oder Werkvertragspartner markieren »Selbständiger«.

Zu Frage 16 : Falls Sie eine Nebenerwerbstätigkeit . . .

Hierzu zählt jede weitere Erwerbstätigkeit (auch Mithilfe im Betrieb eines Familienangehörigen), die derzeit – auch wenn nur gelegentlich – ausgeübt wird, z.B. die Nebentätigkeit eines hauptberuflichen Schlossers in der eigenen Landwirtschaft. Die Hausfrauentätigkeit zählt nicht zu den Nebenerwerbstätigkeiten.

Zu Frage 17 : Zu welchem Wirtschaftszweig . . . gehört der Betrieb . . . , in dem Sie tätig sind?

Hierbei kommt es auf eine möglichst genaue Angabe des Wirtschaftszweiges (Branche, Behörde) an, zu dem der Betrieb gehört, z.B. Werkzeugmaschinenfabrik (nicht Maschinenfabrik), Eisenhütte (nicht Hüttenwerk), Lebensmittel-Einzelhandel (nicht Handel), Grundschule (nicht Öffentlicher Dienst), Krankenhaus (nicht Stadtverwaltung).

Umfaßt der Betrieb mehrere Abteilungen mit unterschiedlichem Produktionsprogramm (z.B. Gießerei und Straßenfahrzeugbau) oder ist er in anderer Beziehung gegliedert (z.B. Autohandel und -reparatur), so ist der überwiegende Wirtschaftszweig (Betriebschwerpunkt) einzutragen. Soldaten tragen »Bundeswehr« ein.

Zu Frage 18 : Welche Tätigkeit, welchen Beruf üben Sie aus?

Hier ist nicht etwa der Ausbildungsabschluß oder der Rang, sondern möglichst genau die Bezeichnung des ausgeübten Berufs bzw. der gegenwärtig ausgeübten Tätigkeit anzugeben, z.B. Bauschlosser (nicht Schlosser), Heizungsinstallateur (nicht Installateur), Fernfahrer (nicht Fahrer), Bilanzbuchhalterin oder Maschinenbuchhalterin (nicht Buchhalterin), Verfahrensingenieur (nicht Ingenieur), Kinderärztin (nicht Ärztin), Sparkassenleiter (nicht Diplom-Kaufmann), Verwaltungsangestellte (nicht Angestellte), Postsekretär (nicht Beamter), Grundwehrdienstleistender, Berufs-, Zeitsoldat (nicht Soldat). Zivildienstleistende geben bitte »Zivildienst« an.

Personalfluktuations im öffentlichen Dienst

Die jährliche Personalstandsstatistik ist eine Momentaufnahme der Beschäftigungssituation im öffentlichen Dienst. Durch sie wird die Zahl der Bediensteten jeweils zum 30. Juni ermittelt. Veränderungen des Personalstandes lassen sich durch Vergleich der Stichtagsergebnisse errechnen. Hierbei handelt es sich jedoch um reine Nettodifferenzen, die den Saldo der Personalzugänge und -abgänge zwischen den Erhebungszeitpunkten widerspiegeln. Die vielfältigen Bewegungen und Umschichtungen innerhalb des Personalstandes lassen sich damit ebenso wenig erkennen wie deren Gründe. Um diesen Mangel abzustellen, hat der Gesetzgeber die Durchführung einer Personalwechselstatistik angeordnet, durch die die Personalzugänge und -abgänge innerhalb eines Jahres bei Bund, Ländern, Gemeindeverbänden und Gemeinden mit mindestens 3 000 Einwohnern zu erfassen sind.

Die erste Erhebung dieser Art wurde für die Zeit vom 1. Juli 1975 bis 30. Juni 1976 durchgeführt und 1978/79 wiederholt, da das finanzstatistische Gesetz für die bei der Reform der Finanzstatistik neu eingeführte Personalwechselstatistik einen dreijährigen Erhebungsturnus vorsah. Aufgrund einer entsprechenden Änderung durch das 1. Statistikbereinigungsgesetz vom 14. März 1980 wurde der Rhythmus auf sechs Jahre verlängert, so daß für den Zeitraum vom 1. Juli 1984 bis zum 30. Juni 1985 erneut die Personalfluktuations aufzuzeichnen war.

Als Personalzu- und -abgänge waren solche Fälle zu melden, die eine Veränderung des Personal-Istbestandes der Vollbeschäftigten des Dienstherrn bewirkten. Im Unterschied zu der vorangegangenen Erhebung für den Zeitraum 1. Juli 1978 bis 30. Juni 1979 waren diesmal beim Land nicht die Personalzu- und -abgänge zwischen den Dienststellen nachzuweisen. Für die Gemeinden (Gv.) galt, daß nur die Personalzu- und -abgänge zwischen der Gemeinde (Gv.) und anderen Dienstherrn sowie von bzw. zu anderen öffentlichen Arbeitgebern und nach bzw. von außerhalb des öffentlichen Bereichs zu melden waren. Nicht als Personalveränderung zu erfassen waren der Wechsel im Dienstverhältnis, der Laufbahngruppenwechsel, die Beendigung einer Ausbildung bei gleichzeitiger Übernahme in ein aktives Vollbeschäftigungsverhältnis und Zugänge bzw. Abgänge von Kräften, die im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eingestellt bzw. freigesetzt wurden.

Rund 20 000 Personalwechsel beim Land und den Kommunen

Vom 1. Juli 1984 bis 30. Juni 1985 wurden beim Land und den Gemeinden (Gv.) insgesamt 20 131 Fluktuationsfälle registriert. Damit hat etwa jeder sechste (15,1 %) vollbeschäftigte Bedienstete innerhalb eines Jahres einen statistisch zu erfassenden Wechsel seines Arbeitsplatzes vollzogen. Ob sich die Fluktuationsrate gegenüber den Erhebungen 1975/76 oder 1978/79

geändert hat, kann wegen der geänderten Abgrenzungskriterien für einen Wechselfall nicht festgestellt werden.

Eine Aufteilung nach Landes- und Kommunalpersonal zeigt, daß in 6 277 Fällen Staatsbedienstete auschieden und 5 345 ein neues Arbeitsverhältnis begründeten. Gemessen an der Gesamtzahl des vollbeschäftigten Personals errechnet sich hieraus eine Fluktuationsrate von 13,6 %, die unter dem Durchschnitt liegt. Weil die Zahl der Abgänge um 932 größer war als die der Zugänge, besetzte das Land nicht alle frei gewordenen Stellen. Völlig anders verlief die Entwicklung bei den Gemeinden (Gv.). Sie hatten nicht nur eine deutlich höhere Veränderungsrate (17,8 %) als das Land, sondern auch einen Überhang bei den Personalzugängen von 225. Die Kommunen vergrößerten also ihren Personalkörper, indem sie nicht nur freigewordene Arbeitsplätze wieder besetzten sondern auch neue schufen. In beiden Fällen vollzog sich die Entwicklung zu Lasten der Frauen; sie hatten an der Zunahme des kommunalen Personalstandes nur einen Anteil von 14,7 % (+ 33), an der Reduzierung des staatlichen Personals waren sie zu 55 % (- 513) beteiligt.

Frauen wechselten besonders häufig

Die weiblichen Beschäftigten waren überproportional an den Personalveränderungen beteiligt. Obwohl nur 32,3 % aller Vollbeschäftigten Frauen waren, stellten sie 53,3 % aller Veränderungsfälle. Deshalb lag ihre Fluktuationsrate mit 24,9 % erheblich über dem Durchschnitt (15,1 %). Männer wechselten dagegen seltener (10,4 %). Über die Ursachen dieses unterschiedlichen Verhaltens vermittelt die Statistik insofern ein Bild, als die objektiven Gründe für einen Personalwechsel ebenfalls erfaßt wurden.

In der Mehrzahl der Fälle erfolgten die Personalabgänge von Männern und Frauen durch vorzeitige Beendigung des Dienst- bzw. Beschäftigungsverhältnisses zum Dienstherrn und nicht durch Dienst-, Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit oder nach Erreichen der Altersgrenze. Das Fluktuationsverhalten der öffentlich Bediensteten wird also nicht in erster Linie vom Alter bestimmt, sondern von Faktoren wie Wechsel zu einem anderen Dienstherrn, Kündigung bzw. Entlassung sowie das Auslaufen von Zeitverträgen, Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, langfristige Beurlaubung (ohne Mutterschaftsurlaub) und die Einberufung zum Grundwehr- bzw. Zivildienst.

Beim Landespersonal waren diese Gründe sowohl für die Männer (55,2 %) als auch für die Frauen (58,3 %) ausschlaggebend für die Auflösung des bestehenden Arbeitsverhältnisses. 21,9 % der Männer, aber nur 7,2 % der Frauen beendeten ihre Vollbeschäftigung nach Erreichen der Altersgrenze. Durch vorzeitige Dienst-,

**Personalzu- und -abgänge bei den Vollbeschäftigten des Landes und der Gemeinden ¹⁾ (Gv.)
in der Zeit vom 1. Juli 1984 bis 30. Juni 1985**

Gründe des Personalwechsels	Ins- gesamt	Weib- lich	Beamte und Richter	An- gestellte	Ar- beiter	Ins- gesamt	Weib- lich ²⁾	Beamte und Richter	An- gestellte	Ar- beiter
	Anzahl					Anteil an der jeweiligen Gesamtzahl des vollbeschäftigten Personals am 30. Juni 1984 in %				
Land										
Personalabgänge	6 277	3 254	3 237	2 495	545	7,3	12,8	5,9	11,2	6,7
durch Tod	137	22	78	39	20	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2
durch Dienst-, Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit im Alter von	790	332	314	349	127	0,9	1,3	0,6	1,6	1,6
unter 58 Jahren	384	183	146	173	65	0,4	0,7	0,3	0,8	0,8
58 - 60 Jahren	186	69	82	80	24	0,3	0,3	0,1	0,4	0,3
60 - 62 Jahren	166	60	68	69	29	0,2	0,2	0,1	0,3	0,4
62 Jahren	27	11	12	10	5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1
63 u.mehr Jahren	27	9	6	17	4	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0
nach Erreichen der Altersgrenze	895	234	479	331	85	1,0	0,9	0,9	1,5	1,1
besondere Altersgrenze (60. Lebensjahr und darunter)	95	5	95	-	-	0,1	0,0	0,2	-	-
vor der allgemeinen Altersgrenze auf Antrag im Alter von	661	204	293	296	72	0,8	0,8	0,5	1,3	0,9
60 Jahren	235	81	48	153	34	0,3	0,3	0,1	0,7	0,4
61 Jahren	33	19	11	20	2	0,0	0,1	0,0	0,1	0,0
62 Jahren	208	67	171	30	7	0,2	0,3	0,3	0,1	0,1
63 Jahren	148	26	42	81	25	0,2	0,1	0,1	0,4	0,3
64 Jahren	37	11	21	12	4	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0
allgemeine Altersgrenze (65. Lebensjahr und später)	139	25	91	35	13	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2
durch Beendigung des Dienst- bzw. Beschäf- tigungsverhältnisses zum Dienstherrn	3 567	1 897	1 700	1 556	311	4,2	7,4	3,1	7,0	3,8
Wechsel zu einem anderen Dienstherrn	293	104	168	106	19	0,3	0,4	0,3	0,5	0,2
sonstige Beendigungsgründe	3 274	1 793	1 532	1 450	292	3,8	7,0	2,8	6,5	3,6
durch Wechsel von einem Voll- in ein Teilzeit- beschäftigungsverhältnis	888	769	666	220	2	1,0	3,0	1,2	1,0	0,0
Personalzugänge	5 345	2 741	2 460	2 386	499	6,3	10,8	4,5	10,7	6,1
Wechsel von einem Teilzeit- in ein Vollbeschäf- tigungsverhältnis	258	208	174	81	3	0,3	0,8	0,3	0,4	0,0
Gemeinden (Gv.)										
Personalabgänge	4 142	2 352	298	2 832	1 012	8,7	13,4	3,8	10,5	7,9
durch Tod	105	18	18	42	45	0,2	0,1	0,2	0,2	0,3
durch Dienst-, Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit im Alter von	432	99	82	189	161	0,9	0,6	1,0	0,7	1,3
unter 58 Jahren	170	39	34	67	69	0,4	0,2	0,4	0,2	0,5
58 - 60 Jahren	124	40	17	63	44	0,3	0,2	0,2	0,2	0,3
60 - 62 Jahren	91	16	17	43	31	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2
62 Jahren	31	1	11	6	14	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1
63 u.mehr Jahren	16	3	3	10	3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
nach Erreichen der Altersgrenze	518	205	63	300	155	1,1	1,2	0,8	1,1	1,2
besondere Altersgrenze (60. Lebensjahr und darunter)	1	-	1	-	-	0,0	-	0,0	-	-
vor der allgemeinen Altersgrenze auf Antrag im Alter von	473	193	55	275	143	1,0	1,1	0,7	1,0	1,1
60 Jahren	250	131	17	155	78	0,5	0,7	0,2	0,6	0,6
61 Jahren	35	16	3	22	10	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1
62 Jahren	64	31	23	27	14	0,1	0,2	0,3	0,1	0,1
63 Jahren	106	11	5	62	39	0,2	0,1	0,1	0,2	0,3
64 Jahren	18	4	7	9	2	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0
allgemeine Altersgrenze (65. Lebensjahr und später)	44	12	7	25	12	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
durch Beendigung des Dienst- bzw. Beschäf- tigungsverhältnisses zum Dienstherrn	2 811	1 780	106	2 081	624	5,9	10,1	1,4	7,7	4,9
Wechsel zu einem anderen Dienstherrn	319	169	52	247	20	0,7	1,0	0,7	0,9	0,2
sonstige Beendigungsgründe	2 492	1 611	54	1 834	604	5,2	9,2	0,7	6,8	4,7
durch Wechsel von einem Voll- in ein Teilzeit- beschäftigungsverhältnis	276	250	29	220	27	0,6	1,4	0,4	0,8	0,2
Personalzugänge	4 367	2 385	341	2 951	1 075	9,1	13,6	4,3	10,9	8,4
Wechsel von einem Teilzeit- in ein Vollbeschäf- tigungsverhältnis	122	104	2	88	32	0,3	0,6	0,0	0,3	0,2

1) Ohne Gemeinden mit weniger als 3 000 Einwohnern. - 2) Da für die Gemeinden und Gemeindeverbände Personalzahlen in der Gliederung nach dem Geschlecht aus der Personalstandsstatistik zum 30. Juni 1984 nicht zur Verfügung stehen, mußte auf die entsprechenden Angaben aus der Personalstandsstatistik zum 30. Juni 1983 zurückgegriffen werden.

Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit wurden aus dem Landesdienst 15,2 % der ausscheidenden Männer bzw. 10,2 % der Frauen entlassen. Die Möglichkeit, von einem Voll- in ein Teilzeitbeschäftigungsverhältnis zu wechseln, nutzten fast ausschließlich Frauen. Auch der umgekehrte Weg wurde fast nur von Frauen beschritten. Bezogen auf jeweils 1 000 Vollbeschäftigte belegen diese Zahlen ein geschlechtsspezifisches Fluktuationsverhalten der Landesbediensteten in der Weise, daß mehr Frauen (74) als Männer (28) aus den genannten Gründen ausscheiden, daß Frauen eher vorzeitig wegen Dienst-, Berufs oder Erwerbsunfähigkeit (13) ihr Arbeitsverhältnis auflösen als nach Erreichen der Altersgrenze (neun), während dies bei Männern (acht zu elf) umgekehrt ist.

Die Situation beim Landespersonal weicht von der in den Gemeinden (Gv.) zum Teil erheblich ab, weil die Kommunen nicht nur eine höhere Fluktuationsrate aufweisen, sondern auch unterschiedliche Schwerpunkte von Gründen des Personalwechsels erkennbar sind. Zwar überwiegen auch hier als Gründe für eine Personalveränderung Kündigung, Entlassung, Auslaufen von Zeitverträgen und Wechsel zu einem anderen Dienstherrn. Diese Beendigungsgründe waren für 57,6 % der Männer und für 75,7 % der Frauen entscheidend. Der hohe Wert für das weibliche Personal bedeutet, daß jede zehnte Frau im Laufe eines Jahres ihr bestehendes Vollbeschäftigungsverhältnis aus diesem Grund auflöst. Gegenüber der Lage im Staatsdienst ist dies ein bedeutender Unterschied. Der Anteil der durch vorzeitige Dienst-, Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit ausgeschiedenen Männer betrug 18,6 %, für die Frauen errechnet sich ein Wert von 4,2 %. Nach Erreichen der Altersgrenze beendeten 17,5 % der männlichen und 8,7 % der weiblichen Bediensteten ihr Arbeitsverhältnis. Gemessen an 1 000 Vollbeschäftigten beendeten elf Männer vorzeitig wegen Arbeitsunfähigkeit ihre Erwerbstätigkeit, beim Landespersonal waren es acht. Eine Schwerpunktverlagerung ist auch bei den weiblichen Beschäftigten festzustellen, die häufiger nach Erreichen der Altersgrenze (zwölf je 1 000) als vorzeitig wegen Berufsunfähigkeit (sechs je 1 000) ihren kommunalen Arbeitgeber verließen.

Steigende Zahl von Fällen mit Berufsunfähigkeit

Vergleicht man die Ergebnisse der Erhebung 1984/85 mit denen von 1978/79 und 1975/76 werden Strukturverschiebungen innerhalb der Abgangsgründe sichtbar. Der Vergleich muß sich auf wenige Gründe beschränken, da der Erhebungskatalog nicht durchgängig identisch ist. Er vermittelt jedoch ausreichende Informationen über Auswirkungen mehrerer gesetzlicher Änderungen dienstrechtlicher Vorschriften, zum Beispiel über die Erweiterung der Teilzeitbeschäftigung oder die Inanspruchnahme der vorgezogenen Altersruhegrenze.

Vom 1. Juli 1984 bis 30. Juni 1985 schieden beim Land und bei den Kommunen 1 222 Arbeitnehmer vorzeitig wegen Dienst-, Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit aus, in den vorhergehenden Erhebungszeiträumen waren es 920 bzw. 531 Beschäftigte gewesen. Innerhalb

der letzten neun Jahre ist diese Gruppe um 130 % angewachsen. Von 1 000 Vollbeschäftigten mußten 1984/85 insgesamt neun Personen ihre Berufstätigkeit früher als beabsichtigt aufgeben, sechs Jahre zuvor waren es sieben und 1975/76 nur vier gewesen. Wenn ein Bediensteter wegen Erwerbsunfähigkeit aufhören mußte zu arbeiten, dann geschah dies in den meisten Fällen vor dem 58. Lebensjahr. Relativ häufig war auch die Aufgabe zwischen dem 58. und 60. Lebensjahr, während später nur noch selten dies der Grund für ein Ausscheiden war. Ob sich in der Altersgliederung Strukturverschiebungen ergeben haben, ist wegen der fehlenden Differenzierung in früheren Erhebungen nicht erkennbar.

Nach Erreichen der Altersgrenze traten 1984/85 insgesamt 1 413 Bedienstete in den Ruhestand. Für elf von 1 000 Vollbeschäftigten war dies der Grund für das Ausscheiden. Nahezu der gleiche Wert war im Zeitraum 1. Juli 1978 bis 30. Juni 1979 registriert worden, als 1 335 (zehn je 1 000) neue Ruheständler gezählt wurden. Verglichen mit der ersten Erhebung 1975/76 ist allerdings die Zahl rückläufig, denn seinerzeit verließen 1 889 (15 je 1 000) Personen deshalb ihren Arbeitgeber.

Wenn ein Vollbeschäftigter wegen Erreichen der Altersgrenze ausschied, dann geschah dies überwiegend – und zwar in allen Jahren – auf seinen Antrag hin vor der allgemeinen Altersgrenze, dem 65. Lebensjahr. Ein Drittel der altersbedingten Personalabgänge entfiel 1984/85 auf die Gruppe der 60jährigen. Die Möglichkeit eines derart frühen Rentenbezugs steht weiblichen Arbeitnehmern (ohne Beamtinnen) und seit 1979 bzw. 1980 Schwerbehinderten offen. Ein weiterer Schwerpunkt des Übergangs vom Erwerbs- in das Ruhestandsleben liegt beim 62. Lebensjahr. Fast 20 % wählten diesen Zeitpunkt, wobei es sich überwiegend um Beamte handelte, die ab diesem Alter pensioniert werden können. Mit Vollendung des 63. Lebensjahres kann ein Arbeitnehmer ausscheiden, wenn er die versicherungsrechtlichen Voraussetzungen erfüllt. Für diesen Termin entschieden sich 18 % der aus Altersgründen Ausscheidenden.

Die Zahl derer, die erst mit dem Erreichen der allgemeinen Altersgrenze, dem 65. Lebensjahr, in den Ruhestand treten wollten, ist im Laufe der Zeit kontinuierlich geringer geworden. Bei der ersten Erhebung 1975/76 wurden 586 Personalabgänge gezählt. Das sind 31 % der aus Altersgründen ihr Dienstverhältnis aufgebenden Arbeitnehmer. 1984/85 wurden dagegen nur noch 183 (13 %) Fälle registriert. Damit hörte von 1 000 Vollbeschäftigten nur ein Bediensteter mit dem 65. Lebensjahr auf zu arbeiten. Im Vergleich dazu nutzten neun die flexible Altersgrenze und schieden zwischen dem 60. und 64. Lebensjahr aus.

Zahl der Teilzeitarbeitsplätze gestiegen

Der Teilzeit-Arbeitsmarkt ist in den letzten Jahren zunehmend in den Blickpunkt gerückt, weil in einem vermehrten Angebot von Teilzeitarbeitsmöglichkeiten ein Beitrag zur Entlastung des Arbeitsmarktes gesehen wird. Der öffentliche Arbeitgeber beteiligte sich, indem er nicht nur einen Wechsel seiner Bediensteten von einem

Voll- in ein Teilzeitbeschäftigungsverhältnis ermöglichte, sondern auch neue Teilzeitarbeitsplätze schuf. Letztere werden allerdings nicht in der Personalwechselstatistik nachgewiesen.

In der Zeit vom 1. Juli 1984 bis 30. Juni 1985 wechselten beim Staat und den Kommunen insgesamt 1 164 Personen von einem Voll- auf einen Teilzeitarbeitsplatz. In der gleichen Zeit vollzogen 380 Bedienstete den umgekehrten Schritt. Beim Land war die Fluktuation größer als bei den Gemeinden (Gv.), denn von 1 000 vollbeschäftigten Landesbediensteten entschieden sich zehn für den Wechsel in eine Teilzeitbeschäftigung, während es beim Gemeindepersonal sechs waren.

Sowohl der Wechsel von einem Voll- in ein Teilzeitbeschäftigungsverhältnis als auch der umgekehrte Weg wird überwiegend von Frauen wahrgenommen. Sie haben einen Anteil von nahezu 90 % an den erfaßten Fällen. Aber nicht nur nach dem Geschlecht sondern auch nach dem Dienstverhältnis lassen sich Schwerpunkte

der Inanspruchnahme erkennen. Beamte und Richter (elf je 1 000) sowie Angestellte (neun je 1 000) nutzten in nahezu gleichem Umfang die Chance, von einem Voll- in ein Teilzeitbeschäftigungsverhältnis zu wechseln, für Arbeiter waren derartige Gelegenheiten höchst selten (einer je 1 000).

Nachdem erstmals bei der Erhebung 1978/79 der Übergang von einem Voll- in ein Teilzeitbeschäftigungsverhältnis und umgekehrt erfaßt wurde, ist ein Vergleich der Ergebnisse mit denen von 1984/85 möglich. Vor sechs Jahre wurde in 695 Fällen die übliche volle Arbeitsstundenzahl reduziert. Gleichzeitig dehnten 316 Beschäftigte ihre regelmäßige Arbeitszeit auf das übliche Maß aus. Hieraus ergibt sich, daß die Zahl derjenigen, die von einem Voll- in ein Teilzeitbeschäftigungsverhältnis wechselten, um 67 % gestiegen ist. Dagegen hat die Zahl der Teilzeitbeschäftigten, die nunmehr auf einem Vollzeitarbeitsplatz tätig sind, nur um 20 % zugenommen.

Diplom-Volkswirt Rudolf Lamping

Alkoholunfälle im Straßenverkehr

Jeder achte Verkehrsunfall mit Personenschaden wird durch Alkohol verursacht

Im Jahre 1984 ereigneten sich in Rheinland-Pfalz 21 759 Straßenverkehrsunfälle, bei denen Menschen ums Leben kamen oder Verletzungen erlitten. Nahezu 12 % der Unfälle wurden von Verkehrsteilnehmern verursacht, die nachweislich unter Alkoholeinfluß standen. Neun von zehn dieser Verursacher waren Fahrzeugführer. Neben überhöhter Geschwindigkeit und Nichtbeachten der Vorfahrt liegt unter den Unfallursachen der Alkoholeinfluß an dritter Stelle. Anhand der Ergebnisse der Straßenverkehrsunfallstatistik vom Jahre 1984 wurden auf Initiative des Deutschen Verkehrssicherheitsrats ländersweise Sonderauswertungen über Alkoholunfälle erstellt, die in ihrer sachlichen und regionalen Tiefengliederung wesentlich über das übliche Darstellungsprogramm hinausgehen.

Auf den rheinland-pfälzischen Straßen kam es im Jahre 1984 zu 2 574 Unfällen mit Personenschaden durch Alkoholeinfluß. Es verunglückten 3 674 Verkehrsteilnehmer, davon 111 tödlich. Die Zahlen der Schwer- und Leichtverletzten beliefen sich auf 1 444 bzw. 2 119. Weiterhin registrierte die Polizei 1 512 Verkehrsunfälle mit schwerem Sachschaden, das heißt mit Schäden in Höhe von mehr als 3 000 DM bei mindestens einem Beteiligten, die auf Alkoholeinfluß zurückzuführen waren.

Bei allen Personenschadensunfällen im Jahre 1984 wurden 29 467 Verunglückte gezählt, von denen über 12 % auf Alkoholunfälle entfielen. Von den Verkehrstoten des Jahres 1984 starben 18 % bei Unfällen, die durch Alkoholisierte verursacht waren. Mehr als 16 % der Schwerverletzten kamen bei Alkoholunfällen zu Schaden (Leichtverletzte 11 %). Bei etwa 9 % aller

Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden und deren Ursachen 1975 – 1984

Jahr	Unfälle	Ursachen					
		insgesamt	Nicht-angepaßte Geschwindigkeit	Nicht-beachten der Vorfahrt	Fehler beim Ab- bzw. Einbiegen, Wenden usw.	Alkohol-einfluß	Übrige
1975	20 709	32 069	7 052	3 851	2 853	3 201	15 112
1976	22 028	34 355	7 706	3 970	3 075	3 158	16 446
1977	23 371	35 266	8 163	4 290	3 248	3 106	16 459
1978	23 285	35 107	8 012	4 227	3 367	2 990	16 511
1979	22 780	34 579	7 927	4 269	3 298	2 917	16 168
1980	23 174	34 435	8 555	4 362	3 294	3 157	15 067
1981	21 831	33 053	8 130	4 014	3 318	2 818	14 773
1982	21 526	32 742	7 685	3 839	3 400	2 724	15 094
1983	22 701	33 414	8 116	4 304	3 447	2 807	14 740
1984	21 759	32 745	8 587	4 019	3 537	2 613	13 989

schweren Sachschadensunfälle stellte sich Alkoholeinfluß als Ursache heraus.

Wenig Alkoholunfälle auf Autobahnen

Im Jahre 1984 kam es auf den rheinland-pfälzischen Innerortsstraßen zu 1 510 Alkoholunfällen mit Personenschaden. Außerorts (ohne Bundesautobahnen) gab es 1 003, auf den Autobahnen 61 derartige Unfälle.

Mehr als 13 % der Personenschadensunfälle auf den außerörtlichen Straßen ohne Autobahnen waren von alkoholisierten Verkehrsteilnehmern verursacht worden. Innerorts errechnet sich ein Anteil von über 11 %. Von den Unfällen auf den Autobahnen waren 6,4 % durch Alkohol bedingt. Ähnliches gilt für die Zahl der Verunglückten. Von den im Jahre 1984 bei Unfällen auf rheinland-pfälzischen Autobahnen getöteten Verkehrsteilnehmern entfielen knapp 12 % auf Alkoholunfälle. Bei den übrigen Ortslagen wurde Alkoholeinfluß jeweils zu 18 % als Ursache festgestellt.

Annähernd drei Fünftel der im Jahre 1984 in Rheinland-Pfalz registrierten 2 574 Alkoholunfälle, bei denen Menschen verunglückten, waren Fahrunfälle. Es folgen Unfälle im Längsverkehr (14 %) sowie beim Einbiegen bzw. Kreuzen (8,2 %). Während durchschnittlich 12 % aller Personenschadensunfälle von alkoholisierten Verkehrsteilnehmern verursacht wurden, waren es bei den Fahrunfällen 24 % und bei den Unfällen durch ruhenden Verkehr 15 % (Abbiege-Unfälle 4 %).

Jeder vierte aller bei Fahrunfällen Verunglückten kam bei einer Kollision infolge Alkohols zu Schaden. Von den bei Unfällen durch ruhenden Verkehr Verunglückten entfiel ebenfalls ein überdurchschnittlicher Anteil auf Alkoholunfälle (15 %), beim Ab- oder Einbiegen bzw. Kreuzen waren es jeweils 5 %.

48 % aller Alkoholunfälle zwischen 22 Uhr abends und 4 Uhr morgens

Mehr als zwei Drittel der im Jahre 1984 auf den rheinland-pfälzischen Straßen polizeilich aufgenommenen Alkoholunfälle ereigneten sich während der Dunkelheit. Allein 30 % entfielen auf die Abend- und Nachtstunden, in denen in der Regel die Straßenbeleuchtung in Betrieb ist. In der Dunkelheitsphase waren 27 % aller Personenschadensunfälle durch Alkohol bedingt. Am hellen Tag und in der Dämmerung beliefen sich die Anteile der Alkoholunfälle auf rund 5 bzw. 10 %.

Von den während der Dunkelheit bei Straßenverkehrsunfällen getöteten Personen waren 28 % Opfer von Alkoholunfällen. In den Stunden mit eingeschalteter Straßenbeleuchtung stellte sich dieser Anteil sogar auf 35 % (tagsüber 8 %). Das gleiche gilt für die verletzten Verkehrsteilnehmer und für die schweren Sachschadensunfälle.

Abweichend vom üblichen Tagesrhythmus des Verkehrsablaufs konzentrieren sich Alkoholunfälle vornehmlich auf die verkehrsschwächeren Stunden des späten Abends und frühen Morgens. Im Jahre 1984 wurden in der Zeit von 22 Uhr abends bis 4 Uhr morgens

Alkoholunfälle und Verunglückte 1984

Berichtsmerkmal	Unfälle mit Personenschaden	Verunglückte	Getötete	Schwer-verletzte	Leicht-verletzte	Unfälle mit schwerem Sachschaden ²⁾
Ortslage						
Innerorts	1 510	1 984	40	729	1 215	1 007
Außerorts ohne Autobahnen	1 003	1 590	65	689	836	430
Auf Autobahnen	61	100	6	26	68	75
Unfalltyp						
Fahrerunfall	1 444	2 101	54	923	1 124	702
Abbiege-Unfall	126	169	3	50	116	82
Einbiegen / Kreuzen-Unfall	210	304	4	101	199	120
Überschreiten-Unfall	174	210	22	93	95	2
Unfall durch ruhenden Verkehr	137	158	–	41	117	247
Unfall im Längsverkehr	361	574	27	180	367	271
Sonstiger Unfall	122	158	1	56	101	88
Lichtverhältnisse ¹⁾						
Hell	679	952	24	332	596	369
Dämmerung	97	143	5	61	77	50
Dunkelheit	1 776	2 546	82	1 039	1 425	1 078
dar.: Straßenbeleuchtung in Betrieb	835	1 121	33	426	662	581
Wochentag						
Montag	272	350	16	131	203	154
Dienstag	206	281	7	102	172	142
Mittwoch	221	301	10	107	184	128
Donnerstag	293	422	12	191	219	190
Freitag	394	533	16	190	327	276
Samstag	606	883	20	345	518	327
Sonntag	582	904	30	378	496	295
Insgesamt	2 574	3 674	111	1 444	2 119	1 512

1) Unfälle mit fehlenden Merkmalen wurden nicht ausgewertet. – 2) Schäden in Höhe von 3 000 DM bei mindestens einem Beteiligten.

Beteiligte an Straßenverkehrsunfällen und Alkoholunfällen 1984¹⁾

Verkehrsbeteiligung	Ins- gesamt	Im Alter von ... Jahren								
		15 – 18	18 – 21	21 – 25	25 – 35	35 – 45	45 – 55	55 – 65	65 – 75	75 und mehr
Beteiligte insgesamt										
Mofas / Mopeds	1 962	979	220	117	168	135	158	88	47	24
Leichtkrafträder	2 427	2 085	256	27	25	15	8	3	2	–
Motorräder	2 306	123	746	802	450	81	59	22	3	1
Personenkraftwagen	26 090	59	4 780	4 643	6 102	3 983	3 068	1 755	640	233
Güterkraftfahrzeuge	1 786	–	120	245	531	373	353	103	10	–
Übrige Kraftfahrzeuge	733	14	34	45	164	183	191	68	15	8
Fahrräder	2 632	372	184	132	236	207	242	172	134	77
Fußgänger	2 691	146	130	153	214	164	225	213	231	321
Insgesamt	40 627	3 778	6 470	6 164	7 890	5 141	4 304	2 424	1 082	664
dar.: weiblich	9 362	472	1 538	1 437	1 938	1 358	913	548	315	251
Alkoholisierte Beteiligte										
Mofas / Mopeds	261	35	33	41	55	41	36	17	2	1
Leichtkrafträder	76	41	23	4	5	2	–	–	–	–
Motorräder	128	3	29	45	41	8	1	1	–	–
Personenkraftwagen	1 833	9	382	448	545	245	146	42	10	1
Güterkraftfahrzeuge	26	–	3	5	5	5	6	1	1	–
Übrige Kraftfahrzeuge	6	–	1	–	2	3	–	–	–	–
Fahrräder	102	2	6	6	17	26	24	12	6	1
Fußgänger	181	3	15	21	49	33	38	17	7	5
Insgesamt	2 613	93	492	570	710	363	251	90	26	8
dar.: weiblich	129	5	24	23	41	25	7	3	–	–
Von 1 000 Unfallbeteiligten waren alkoholisiert										
Mofas / Mopeds	133	36	150	350	327	304	228	193	43	42
Leichtkrafträder	31	20	90	148	200	133	–	–	–	–
Motorräder	56	24	39	56	91	99	17	45	–	–
Personenkraftwagen	70	153	80	96	89	62	48	24	16	4
Güterkraftfahrzeuge	15	–	25	20	9	13	17	10	100	–
Übrige Kraftfahrzeuge	8	–	29	–	12	16	–	–	–	–
Fahrräder	39	5	33	45	72	126	99	70	45	13
Fußgänger	67	21	115	137	187	201	169	80	30	16
Insgesamt	64	25	76	92	90	71	58	37	24	12
dar.: weiblich	14	11	16	16	21	18	8	5	–	–

1) Unfälle mit Personenschaden.

48 % aller Alkoholunfälle, bei denen Verkehrsteilnehmer verunglückten, gezählt. Von allen Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden entfielen 14 % auf diese sechs Stunden. Dagegen nahm die Polizei jeweils zwischen 6 Uhr vormittags und 18 Uhr nachmittags 20 % der Alkoholunfälle aber 62 % aller Personenschadensunfälle auf.

Allein in der Zeitspanne zwischen Mitternacht und 4 Uhr morgens ereigneten sich knapp 30 % aller Verkehrsunfälle, die auf Alkoholeinfluß mindestens eines Beteiligten zurückzuführen waren. In diesen vier Stunden entfiel annähernd die Hälfte der im Straßenverkehr Verunglückten auf Alkoholunfälle. Von den zwischen Mitternacht und 2 Uhr früh registrierten Verkehrstoten kamen 33 % bei Unfällen, die von Alkoholisierten verursacht wurden, ums Leben. Noch höhere Anteile von jeweils rund 40 % wurden von 4 bis 6 Uhr morgens und von 22 Uhr bis Mitternacht festgestellt. Von allen Personen, die zwischen 2 und 4 Uhr früh im Straßenverkehr schwere Verletzungen erlitten, kamen sogar 53 % bei Alkoholunfällen zu Schaden.

Die Darstellung zeigt, daß sich noch immer zahlreiche Verkehrsteilnehmer bei Gaststättenbesuchen oder geselligen Zusammenkünften nicht an die für den Straßenverkehr geltenden Alkoholbestimmungen halten. Zum gleichen Ergebnis führt die Darstellung der Unfalldaten nach Wochentagen. An den für die Mehrzahl der Erwerbstätigen arbeitsfreien Samstagen und Sonntagen liegen die Anteile der alkoholbedingten Unfälle und Verunglücktenzahlen deutlich über denen der fünf übrigen Wochentage. Daneben ist der Montag ein Tag mit überdurchschnittlich vielen Verkehrstoten bei Alkoholunfällen.

Zwischen den einzelnen Monaten halten sich die Anteile der Alkoholunfälle in vergleichsweise engen Grenzen. Von den im März 1984 auf den rheinland-pfälzischen Straßen getöteten Verkehrsteilnehmern entfielen 28 % auf Alkoholunfälle, im Jahresdurchschnitt waren es 18 %. Bei den Schwerverletzten wurde der höchste Anteil an alkoholbedingten Opfern im November mit 22 % ermittelt (Jahresdurchschnitt 16 %).

Verunglückte bei Alkoholunfällen
in den Verwaltungsbezirken 1984

Verwaltungsbezirk	ins- gesamt	davon		
		Getötete	Schwer- verletzte	Leicht- verletzte
Kreisfreie Stadt Koblenz	103	4	45	54
Landkreise				
Ahrweiler	105	2	55	48
Altenkirchen (Ww.)	106	3	53	50
Bad Kreuznach	190	5	78	107
Birkenfeld	135	8	54	73
Cochem-Zell	58	4	26	28
Mayen-Koblenz	158	5	60	93
Neuwied	149	2	60	87
Rhein-Hunsrück-Kreis	98	7	56	35
Rhein-Lahn-Kreis	129	5	70	54
Westerwaldkreis	160	6	74	80
RB Koblenz	1 391	51	631	709
Kreisfreie Stadt Trier	110	2	31	77
Landkreise				
Bernkastel-Wittlich	74	1	32	41
Bitburg-Prüm	112	5	44	63
Daun	45	1	25	19
Trier-Saarburg	103	2	43	58
RB Trier	444	11	175	258
Kreisfreie Städte				
Frankenthal (Pfalz)	42	–	9	33
Kaiserslautern	109	3	28	78
Landau i. d. Pfalz	45	–	14	31
Ludwigshafen a. Rhein	98	2	26	70
Mainz	149	4	36	109
Neustadt a. d. Weinstr.	48	1	13	34
Pirmasens	52	1	18	33
Speyer	31	1	14	16
Worms	59	1	18	40
Zweibrücken	41	–	16	25
Landkreise				
Alzey-Worms	117	3	44	70
Bad Dürkheim	132	4	43	85
Donnersbergkreis	97	3	33	61
Germersheim	118	4	49	65
Kaiserslautern	153	6	65	82
Kusel	95	3	40	52
Südliche Weinstraße	90	1	43	46
Ludwigshafen	121	2	42	77
Mainz-Bingen	140	9	46	85
Pirmasens	102	1	41	60
RB Rheinhessen-Pfalz	1 839	49	638	1 152
Rheinland-Pfalz	3 674	111	1 444	2 119
Kreisfreie Städte	887	19	268	600
Landkreise	2 787	92	1 176	1 519

Von 1 000 Unfallbeteiligten standen 64 unter
Alkoholeinfluß

An den Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden im Jahre 1984 waren 2 613 Personen nach Alkoholeinnahme beteiligt. Als Beteiligte gelten Fahrzeugführer und Fußgänger, soweit diese selbst oder ihr Fahrzeug bei einem Verkehrsunfall Schaden verursachten oder erlitten. Über 70 % aller Unfallbeteiligten unter Alkoholeinfluß waren Fahrer von Personenwagen. Es folgen Mofa- bzw. Mopedfahrer (10 %), Fußgänger (6,9 %) und Fahrer von Motorrädern (4,9 %).

Drei Viertel der an Alkoholunfällen beteiligten PKW-Fahrer hatten ein Alter von 18 bis 34 Jahren. Von den alkoholisierten Fußgängern waren 22 % zwischen 25 und 34 Jahre und 21 % zwischen 45 und 54 Jahre alt. Reichlich ein Drittel der unter Alkoholeinfluß an Personenschadensunfällen beteiligten Fahrer von Motorrädern stand im Alter von 21 bis 24 Jahren.

Im Jahre 1984 standen 64 von je 1 000 Beteiligten an Straßenverkehrsunfällen, bei denen Menschen zu Schaden kamen, unter Alkoholeinwirkung. Die höchste Relation errechnete sich für die Mofa- bzw. Mopedfahrer mit 133 Alkoholbeeinflußten je 1 000 Unfallbeteiligten. Es folgen Fahrer von PKW (70), Fußgänger (67) und Motorradfahrer (56).

Unter jeweils 1 000 an Personenschadensunfällen beteiligten PKW-Fahrern im Alter zwischen 18 und 20 Jahren hatten 80 Alkohol getrunken, unter den 21- bis 24jährigen waren es 96, unter den 25- bis 34jährigen 89. Deutlich an der Spitze lagen die 15- bis 17jährigen (153).

Die 2 613 Unfallbeteiligten nach Alkoholgenuß waren zu 95 % Männer und 5 % Frauen. Bezüglich der bei allen Personenschadensunfällen ermittelten 40 627 Beteiligten stellt sich dieses Verhältnis auf 77 zu 23 %. Von je 1 000 männlichen Unfallbeteiligten standen 79 unter Alkoholeinfluß, bei den Frauen waren es 14. Die höchste Quote der Frauen wurde für die 25- bis 34jährigen mit 21 Alkoholisierten je 1 000 Unfallbeteiligte festgestellt.

Von allen Beteiligten, die sich unter Alkoholeinfluß befanden, entfielen 59 % auf Unfälle, die die Polizei innerhalb von Ortschaften aufnahm. Bei sämtlichen Kollisionen im Straßenverkehr mit Personenschaden wurden 64 % der Beteiligten bei Innerortsunfällen registriert. Von je 1 000 Beteiligten an Unfällen im Innerortsbereich waren knapp 60 alkoholisiert, wobei sich die Spitzenrelation für die Altersgruppe der 25- bis 34jährigen errechnet (86).

Alkohol als Unfallursache rückläufig

Bei einem Verkehrsunfall können mehrere Unfallursachen vorliegen. So wurden bei den im Jahre 1984 polizeilich aufgenommenen 21 759 Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden 32 745 Fälle der Unfallursachen festgestellt. Unter diesen Unfallursachen waren überhöhte Geschwindigkeit sowie Vorfahrts- und Einordnungsfehler mit 26 bzw. 23 %, gefolgt vom Alko-

holeinfluß mit rund 8 %, am häufigsten. Im Jahre 1975 hatten sich Anteile von 22 sowie 21 und knapp 10 % ergeben.

Seit 1975 hat die nichtangepaßte Geschwindigkeit als Unfallursache zugenommen, während der Alkoholeinfluß abgenommen hat. Von Januar bis Oktober 1985 machte der Alkoholeinfluß 8,7 % der Unfallursachen aus, im Jahre 1975 noch 11,3 %.

Entsprechendes gilt für Innerorts- und Außerortsunfälle. Während im Jahre 1975 bei Personenschadensunfällen auf innerörtlichen Straßen Alkoholeinfluß 10,3 % aller Ursachen der Fahrzeugführer und Fußgänger ausgemacht hatte, waren es außerorts 11,5 % gewesen. Für das Jahr 1984 errechnen sich Quoten von 8,3 bzw. 9,2 %. Der Anteil der überhöhten Geschwindigkeit stieg in diesen neun Jahren im Innerortsbereich von 15,9 auf 20,2 %, im Außerortsbereich von 35,1 auf 41,5 %.

Im Jahre 1984 ereigneten sich auf den Straßen des Landes 583 Verkehrsunfälle mit Getöteten, für die zusammen 1 006 Ursachen registriert wurden. Alkoholeinfluss war zu 11,1 % beteiligt. Im Jahre 1975 hatte sich eine Quote von 12,5 % ergeben. Bei den Innerortsunfällen sank zwischen 1975 und 1984 der Anteil der alkoholbedingten Ursachen von 15,1 auf 11,6 %, außerorts von 12,5 auf 12,1 %. Vergleichsweise machte bei den tödlichen Kollisionen auf Innerortsstraßen vom Jahre 1975 nichtangepaßte Geschwindigkeit rund 25 % der Verursachungen aus, im Jahre 1984 nahezu 33 % (außerorts 35 bzw. 43 %).

Landkreis Birkenfeld mit den relativ meisten Alkoholunfällen

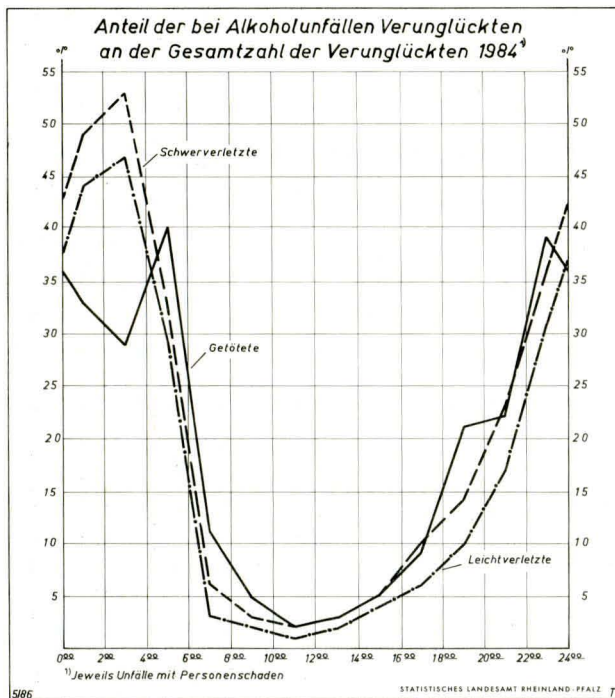
Bei einem Landesdurchschnitt von 11,8 % Alkoholunfällen unter den Unfällen mit Personenschaden errechneten sich für die kreisfreien Städte und Landkreise Quoten von 10,6 bzw. 12,3 %. Die höchsten Anteile an Alkoholunfällen wurden für den Landkreis Birkenfeld (17,6 %) und den Donnersbergkreis (16,7 %) ermittelt. Es folgen die Stadt Zweibrücken sowie die Landkreise Germersheim, Kusel und Kaiserslautern mit jeweils mehr als 15 %. Die geringsten Anteile waren in der Stadt Ludwigshafen (7,5 %), im Landkreis Bernkastel-Wittlich (8,5 %) und in den Städten Koblenz und Speyer (je 8,7 %) registriert worden.

Die höchsten Zahlen an bei Alkoholunfällen getöteten Verkehrsteilnehmern wiesen die Landkreise Mainz-Bingen (9) und Birkenfeld (8), der Rhein-Hunsrück-Kreis (7), der Landkreis Kaiserslautern und der Westerwaldkreis (je 6) aus. Auf diese fünf Landkreise zusammen entfiel fast ein Drittel aller auf den rheinland-pfälzischen Straßen bei Unfällen wegen Alkohols ums Leben gekommenen Menschen. Von allen Verkehrstoten verunglückten knapp 24 % in diesen fünf Landkreisen. Von den insgesamt 111 in Rheinland-Pfalz bei Alkoholunfällen gezählten Verkehrsopferten entfielen 17 % auf die kreisfreien Städte und 83 % auf die Landkreise. Bezogen auf die bei allen Straßenverkehrsunfällen tödlich Verletzten ergibt sich ein ähnliches Verhältnis (18 bzw. 82 %).

An Alkoholunfällen¹⁾ beteiligte Verkehrsteilnehmer in den Verwaltungsbezirken 1984

Verwaltungsbezirk	Ins-gesamt	Führer von		Rad-fahrer	Fuß-gänger
		Pkw	motori-sierten Zwei-rädern ²⁾		
Kreisfreie Stadt Koblenz	77	46	16	3	11
Landkreise					
Ahrweiler	71	51	12	2	6
Altenkirchen (Ww.)	75	54	14	2	4
Bad Kreuznach	124	88	22	2	11
Birkenfeld	93	58	23	1	10
Cochem-Zell	37	21	10	1	3
Mayen-Koblenz	117	79	21	6	8
Neuwied	109	83	21	2	2
Rhein-Hunsrück-Kreis	62	51	5	2	3
Rhein-Lahn-Kreis	88	67	13	3	4
Westerwaldkreis	118	87	23	-	8
RB Koblenz	971	685	180	24	70
Kreisfreie Stadt Trier	90	63	17	5	4
Landkreise					
Bernkastel-Wittlich	55	40	10	1	3
Bitburg-Prüm	73	60	12	-	1
Daun	34	25	5	1	2
Trier-Saarburg	62	41	16	-	3
RB Trier	314	229	60	7	13
Kreisfreie Städte					
Frankenthal (Pfalz)	33	14	4	12	2
Kaiserslautern	80	61	8	2	6
Landau i. d. Pfalz	32	23	3	2	2
Ludwigshafen a. Rhein	80	46	16	9	9
Mainz	120	77	16	6	20
Neustadt a. d. Weinstr.	40	28	6	1	5
Pirmasens	42	32	5	1	4
Speyer	26	18	5	1	2
Worms	45	30	8	2	5
Zweibrücken	31	24	2	-	5
Landkreise					
Alzey-Worms	80	55	18	4	3
Bad Dürkheim	94	69	13	8	4
Donnersbergkreis	64	51	11	-	1
Germersheim	89	49	25	10	4
Kaiserslautern	98	75	18	-	3
Kusel	56	46	9	-	-
Südliche Weinstraße	64	51	10	-	2
Ludwigshafen	89	49	23	9	8
Mainz-Bingen	95	62	20	4	8
Pirmasens	70	59	5	-	5
RB Rheinhessen-Pfalz	1 328	919	225	71	98
Rheinland-Pfalz	2 613	1 833	465	102	181
Kreisfreie Städte	696	462	106	44	75
Landkreise	1 917	1 371	359	58	106

1) Mit Personenschaden. - 2) Krafträder und Mofas/Mopeds.



Bei Alkoholunfällen mit Personenschaden wurden 1984 im Landkreis Bad Kreuznach 124 Beteiligte festgestellt. Es folgen die Stadt Mainz (120), der Westerwaldkreis (118) und der Landkreis Mayen-Koblenz (117). Auf diese vier Verwaltungsbezirke zusammen entfiel annähernd ein Fünftel der landesweit registrierten Beteiligten an Straßenverkehrsunfällen, die unter Alkoholeinfluß standen.

Auf je 100 000 Einwohner kamen in Rheinland-Pfalz 72 alkoholisierte Unfallbeteiligte. Städtische und ländliche Regionen lassen hier nur geringfügige Unterschiede erkennen. Für den Landkreis Bad Kreuznach errechnet sich eine vergleichsweise hohe Verhältniszahl (85), während der Landkreis Mayen-Koblenz (62) und die Stadt Mainz (64) deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegen. Der Aussagewert dieser auf die Wohnbevölkerung bezogenen Dichtewerte unterliegt jedoch gewissen Einschränkungen, da das Verkehrsgeschehen zu einem beträchtlichen Teil durch Auswärtige bzw. Durchreisende bestimmt wird.

Von den im Jahre 1984 landesweit ermittelten Unfallbeteiligten, die sich unter Alkoholeinfluß befanden, waren 70 % Fahrer von Personenwagen, in den kreisfreien Städten 66 %, in den Landkreisen 72 %. In den kreisfreien Städten waren 24 % aller Beteiligten an Alkoholunfällen PKW-Fahrer unter 25 Jahren, in den Landkreisen 35 % (Landesmittel 32 %).

Die Zahl der alkoholbeeinflussten Beteiligten im Landkreis Bad Kreuznach betraf zu 71 % Führer von PKW, zu 18 % Fahrer motorisierter Zweiräder und zu 11 % Radfahrer, Fußgänger und Führer von Nutzfahrzeugen. Für die Stadt Mainz ergaben sich entsprechende Quoten von 64 sowie 13 und 23 %. Von den im Jahre 1984 in der Landeshauptstadt polizeilich protokollierten Beteiligten an Straßenverkehrsunfällen, die durch Alkohol verursacht wurden, waren 23 % PKW-Fahrer unter 25 Jahren. Im Landkreis Bad Kreuznach machten diese 42 % aus.

Diplom-Wirtschaftsingenieur Helmut Peifer

Öffentliche Wasserversorgung

Die wichtigste Aufgabe der nach dem Landeswassergesetz von den Gemeinden in ihren Gebieten sicherzustellenden öffentlichen Wasserversorgung ist die ausreichende Bereitstellung von Trinkwasser. Die in unseren Breiten überwiegend günstigen meteorologischen und hydrogeologischen Bedingungen lassen für die nähere Zukunft keine großflächigen quantitativen Probleme bei der Wassergewinnung erwarten. Um die Versorgung auch bei kurzfristig auftretenden regional begrenzten Gewinnungsschwierigkeiten in Wassermangelgebieten zu gewährleisten, wurden in den vergangenen Jahren die technischen Möglichkeiten für einen überörtlichen Wasserausgleich verbessert.

Die Anzahl der in Rheinland-Pfalz mit der Wahrnehmung der Aufgaben der öffentlichen Wasserversorgung beauftragten Betriebe verminderte sich von 345 im Jahre 1979 auf 298 im Jahre 1983. Betroffen von diesem Konzentrationsprozeß waren vor allem die kleineren Betriebe mit einem Wasseraufkommen von unter 30 000 m³, deren Zahl im gleichen Zeitraum von 73 auf heute 36 zurückging.

Nur noch leichter Anstieg des Wasserverbrauchs

Die Steigerungsrate der an die rheinland-pfälzischen Letztverbraucher abgegebenen Wassermenge lag in den 60er und zu Beginn der 70er Jahre noch bei über + 2,5 % im Jahresdurchschnitt. Für den Zeitraum von 1975 bis 1983 errechnet sich nur noch ein durchschnittlicher Anstieg von 1,2 %. Während sich von 1979 bis 1983 der Wasserverbrauch der privaten Haushalte um 7,3 % erhöhte, ist bei den gewerblichen und den sonstigen Abnehmern ein Rückgang um 5,5 bzw. 2,8 % zu verzeichnen.

Unterschiedliche Entwicklung in städtischen und ländlichen Regionen

Bei einer nach Größenklassen der versorgten Gemeinden differenzierten Betrachtungsweise lassen sich unterschiedliche Entwicklungstendenzen erkennen. Ein Rückgang des Wasserverbrauchs in den Städten mit über 20 000 Einwohnern um 2 % wird von einer Steigerung in den Städten und Gemeinden mit geringerer Einwohnerzahl um 9,5 % überkompensiert. Diese abweichenden Veränderungsdaten lassen sich auf die

**Wasseraufkommen und Wasserabgabe der öffentlichen Wasserversorgung
in den Verwaltungsbezirken 1983 ¹⁾**

Verwaltungsbezirk	Betriebe	Wasser- aufkommen/ Wasser- abgabe	Eigen- gewinnung	Fremdbezug		Wasser- abgabe an Letzt- verbraucher	Wasser- abgabe zur Weiter- leitung	Sonstiger Wasser- verbrauch
				von WVU aus Rheinland- Pfalz	von sonstigen Ein- richtungen			
	Anzahl	1 000 m³						
Kreisfreie Stadt Koblenz	2	13 066	9 991	3 075	–	7 843	4 628	595
Landkreise								
Ahrweiler	10	7 429	6 544	331	554	5 775	291	1 363
Altenkirchen (Ww.)	34	11 141	2 319	4 576	4 246	5 717	4 464	960
Bad Kreuznach	11	13 769	12 317	1 452	–	10 022	1 586	2 161
Birkenfeld	7	10 279	9 457	800	22	7 752	794	1 733
Cochem-Zell	6	5 015	4 558	457	–	3 799	699	517
Mayen-Koblenz	20	19 150	16 997	2 153	–	16 620	529	2 001
Neuwied	20	10 783	10 770	13	–	9 401	169	1 213
Rhein-Hunsrück-Kreis	11	3 130	3 021	109	–	2 785	140	205
Rhein-Lahn-Kreis	10	8 137	8 106	7	24	6 743	116	1 278
Westerwaldkreis	14	10 038	10 008	30	–	9 023	–	1 015
RB Koblenz	145	111 937	94 088	13 003	4 846	85 480	13 416	13 041
Kreisfreie Stadt Trier	5	16 679	15 173	1 506	–	9 607	4 653	2 419
Landkreise								
Bernkastel-Wittlich	11	12 904	9 717	3 187	–	7 565	3 621	1 718
Bitburg-Prüm	9	10 265	9 935	330	–	6 941	185	3 139
Daun	5	5 420	5 284	114	22	4 155	104	1 161
Trier-Saarburg	5	6 053	3 746	2 307	–	4 580	–	1 473
RB Trier	35	51 321	43 855	7 444	22	32 848	8 563	9 910
Kreisfreie Städte								
Frankenthal (Pfalz)	1	3 918	3 918	–	–	3 843	–	75
Kaiserslautern	2	8 639	8 589	–	50	7 081	342	1 216
Landau i. d. Pfalz	2	4 357	4 228	129	–	3 667	35	655
Ludwigshafen a. Rhein	1	15 783	15 783	–	–	15 050	2	731
Mainz	1	14 484	11 989	–	2 495	13 081	602	801
Neustadt a. d. Weinstr.	1	3 955	3 859	96	–	3 617	213	125
Pirmasens	3	5 633	4 779	854	–	3 374	1 534	725
Speyer	1	3 628	3 628	–	–	2 994	355	279
Worms	1	5 528	–	28	5 500	5 372	–	156
Zweibrücken	2	3 413	3 135	37	241	2 966	38	409
Landkreise								
Alzey-Worms	8	7 558	5 397	2 161	–	6 218	434	906
Bad Dürkheim	16	10 077	9 656	421	–	8 955	423	699
Donnersbergkreis	9	4 806	2 403	2 403	–	3 722	613	471
Germersheim	7	7 160	7 145	11	4	6 189	197	774
Kaiserslautern	15	9 695	8 490	1 205	–	5 065	3 811	819
Kusel	10	6 501	3 137	3 364	–	3 445	2 302	754
Südliche Weinstraße	9	7 226	6 225	980	21	4 856	1 536	834
Ludwigshafen	7	5 019	4 662	357	–	4 847	–	172
Mainz-Bingen	11	12 921	11 410	1 511	–	9 160	2 452	1 309
Pirmasens	11	3 560	2 874	686	–	3 254	8	298
RB Rheinhessen-Pfalz	118	143 861	121 307	14 243	8 311	116 756	14 897	12 208
Rheinland-Pfalz	298	307 119	259 250	34 690	13 179	235 084	36 876	35 159
Kreisfreie Städte	22	99 083	85 072	5 725	8 286	78 495	12 402	8 186
Landkreise	276	208 036	174 178	28 965	4 893	156 589	24 474	26 973

1) Die regionale Zuordnung erfolgte nach dem Sitz des Betriebes.

Wasserabgabe an Letztverbraucher 1957 - 1983

Jahr	Wassermenge	Veränderung insgesamt	Durchschnittliche jährliche Veränderung
	Mill. m ³	%	
1957	133,3	–	–
1963	158,8	19,1	3,0
1969	181,6	14,4	2,3
1975	213,7	17,7	2,7
1979	224,4	5,0	1,2
1983	235,1	4,8	1,2

unterschiedliche Ausprägung der den Wasserverbrauch beeinflussenden Nachfragegruppen in den einzelnen Regionen zurückführen.

Der Wasserbezug der gewerblichen Unternehmen sowie der sonstigen Abnehmer, wozu in erster Linie die Bundeswehr und die ausländischen Streitkräfte, aber auch Krankenhäuser und landwirtschaftliche Betriebe zu rechnen sind, bestimmt trotz seines mit 20 % geringen Anteils am gesamten Wasserverbrauch die allgemeine Entwicklung. Der in den Städten ab 20 000 Einwohner festzustellende Wasserbedarf wurde durch einen 14 %igen Rückgang der Nachfrage dieser Verbrauchergruppen entlastet. In den übrigen Gebieten des Landes erhöhte sich die Wasserabgabe an gewerbliche Unternehmen und an sonstige Abnehmer um jeweils 7,6 %. Trotz der gegenläufigen Entwicklung nimmt die Bedeutung dieser Abnehmergruppen weiterhin mit der Größe der Gemeinden bzw. Städte zu. Eine Ausnahme hierzu ist lediglich bei der Gruppe der sonstigen Abnehmer zu erkennen.

Hier führt vor allem der Wasserbedarf der oftmals Kleinstgemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern zuzurechnenden Streitkräfte und die verhältnismäßig große Bedeutung landwirtschaftlicher Betriebe dazu, daß der Anteil dieser Abnehmergruppe mit 11 % an der gesamten Wasserabgabe einen Spitzenwert einnimmt.

Pro-Kopf-Verbrauch 178 Liter täglich

Von 1979 bis 1983 erhöhte sich der durchschnittliche Pro-Kopf-Verbrauch an Trinkwasser um 8 Liter auf nunmehr 178 Liter pro Tag. Nach Größenklassen ergibt sich eine Bandbreite von 145 Liter in Gemeinden mit 1 000 bis 2 000 Einwohnern bis zu 222 Liter in Großstädten.

Beschränkt man sich bei der Berechnung dieser Durchschnittsgröße auf die Wasserabgabe an private Haushalte, so weichen die Werte der einzelnen Größenklassen weniger stark vom Landesdurchschnitt (143 Liter) ab.

Zwar ist in allen Klassen noch eine Zunahme des Wasserverbrauchs der privaten Haushalte zu registrieren, jedoch führten die überproportionalen Steigerungen in den ländlichen Regionen zu einer Abschwächung der bestehenden Differenzen. So erhöhte sich der Pro-Kopf-Verbrauch der privaten Haushalte in den 19 größten Städten des Landes von 1979 bis 1983 um 4,3 %. In den übrigen Städten und Gemeinden betrug die Steigerungsrate 9,1 %.

Grundwasser ist die Basis der öffentlichen Wasserversorgung

Neben den quantitativen Gesichtspunkten, die die Betriebe der öffentlichen Wasserversorgung trotz rückläufiger Bevölkerungszahlen noch mit einer leichten Steigerung der Gesamtnachfrage konfrontiert, wird in den nächsten Jahren die Frage der qualitativen Beschaffenheit des angebotenen Wassers verstärkt in den Mittelpunkt der Diskussion rücken. Es ist unumstritten und zwischenzeitlich durch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes bestätigt, daß die Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser unter allen denkbaren Nutzungsarten eindeutig Priorität genießt. Selbstverständlich ist allerdings auch, daß die Lebensumstände einer industrialisierten Gesellschaft mit hoher Bevölkerungsdichte und intensiver landwirtschaftlicher Bodennutzung die Qualität des die Grundlage der Trinkwasserversorgung bildenden Grund-, Quell- und Oberflächenwassers in erheblichem Maße beeinflusst.

Durch die verstärkten Anstrengungen im Bereich des kommunalen und industriellen Kläranlagenbaus konnte die Menge des ohne jede Reinigung in die Gewässer abgeleiteten Abwassers in den zurückliegenden Jahren erheblich verringert werden. Die positiven Auswirkungen dieser Maßnahmen, die bereits in einer verbesserten Gewässerqualität zu erkennen sind, haben nur einen begrenzten direkten Einfluß auf die Wassergewinnung in Rheinland-Pfalz, da sich die unmittelbare Nutzung von Flußwasser auf nur 1 % der gesamten Wassergewinnung beschränkt.

Öffentliche Wasserversorgung von Letztverbrauchern nach Gemeindegrößenklassen 1983

Berichtsmerkmal	Einheit	Insgesamt	Gemeinden mit					
			unter 1 000	1 000 – 2 000	2 000 – 5 000	5 000 – 20 000	20 000 – 100 000	100 000 und mehr
			Einwohnern					
Gemeinden	Anzahl	2 303	1 689	315	190	90	16	3
Wohnbevölkerung	1 000	3 633,5	681,5	436,0	549,4	759,2	751,8	455,6
Versorgte Einwohner	1 000	3 624,5	678,4	434,3	548,1	757,3	750,9	455,6
Wasserabgabe an Letztverbraucher	1 000 m ³	235 084	38 965	23 048	31 125	50 938	54 167	36 841
Private Haushalte	1 000 m ³	188 803	33 339	20 604	27 238	39 350	43 485	24 787
Gewerbliche Unternehmen	1 000 m ³	26 619	1 358	1 299	2 553	6 531	5 837	9 041
Sonstige Abnehmer	1 000 m ³	19 662	4 268	1 145	1 334	5 057	4 845	3 013

Wassergewinnung der öffentlichen Wasserversorgung nach Verwaltungsbezirken 1983 ¹⁾

Verwaltungsbezirk	Gewinnungs- anlagen ²⁾	Wasser- gewinnung insgesamt	Echtes Grundwasser		Quellwasser		Oberflächenwasser, Uferfiltrat, angereichertes Grundwasser	
	Anzahl	1 000 m ³	Anzahl	1 000 m ³	Anzahl	1 000 m ³	Anzahl	1 000 m ³
Kreisfreie Stadt Koblenz	14	5 449	2	81	8	1 077	4	4 291
Landkreise								
Ahrweiler	102	9 386	70	7 666	28	1 021	4	699
Altenkirchen (Ww.)	60	2 379	24	1 433	35	776	1	170
Bad Kreuznach	107	12 875	65	9 518	42	3 357	–	–
Birkenfeld	84	9 160	29	998	53	3 131	2	5 031
Cochem-Zell	66	3 207	30	905	26	764	10	1 538
Mayen-Koblenz	62	17 375	24	8 521	35	3 020	3	5 834
Neuwied	90	10 770	26	7 898	60	2 046	4	826
Rhein-Hunsrück-Kreis	79	3 402	53	2 737	26	665	–	–
Rhein-Lahn-Kreis	182	8 176	100	5 321	78	2 231	4	624
Westerwaldkreis	221	10 307	101	5 974	120	4 333	–	–
RB Koblenz	1 067	92 486	524	51 052	511	22 421	32	19 013
Kreisfreie Stadt Trier	6	3 671	2	2 846	3	469	1	356
Landkreise								
Bernkastel-Wittlich	71	8 901	25	4 866	43	3 922	3	113
Bitburg-Prüm	104	9 483	18	5 284	86	4 199	–	–
Daun	85	8 138	31	5 352	53	2 631	1	155
Trier-Saarburg	51	15 098	15	4 302	33	2 556	3	8 240
RB Trier	317	45 291	91	22 650	218	13 777	8	8 864
Kreisfreie Städte								
Frankenthal (Pfalz)	1	3 539	1	3 539	–	–	–	–
Kaiserslautern	6	8 093	3	4 197	3	3 896	–	–
Landau i. d. Pfalz	10	2 789	6	1 019	4	1 770	–	–
Ludwigshafen a. Rhein	4	15 783	3	12 311	–	–	1	3 472
Mainz	8	2 965	7	2 797	1	168	–	–
Neustadt a. d. Weinstr.	8	5 080	2	4 645	6	435	–	–
Pirmasens	1	449	1	449	–	–	–	–
Speyer	1	3 628	1	3 628	–	–	–	–
Worms	–	–	–	–	–	–	–	–
Zweibrücken	3	2 523	3	2 523	–	–	–	–
Landkreise								
Alzey-Worms	29	13 046	21	12 775	8	271	–	–
Bad Dürkheim	48	7 116	23	5 030	25	2 086	–	–
Donnersbergkreis	44	2 889	27	2 486	17	403	–	–
Germersheim	16	7 145	15	6 975	1	170	–	–
Kaiserslautern	51	8 223	39	7 326	12	897	–	–
Kusel	30	3 969	20	3 704	10	265	–	–
Südliche Weinstraße	70	6 903	27	3 499	42	3 254	1	150
Ludwigshafen	11	6 749	11	6 749	–	–	–	–
Mainz-Bingen	40	12 361	21	10 524	19	1 837	–	–
Pirmasens	71	7 816	33	5 644	38	2 172	–	–
RB Rheinhessen-Pfalz	452	121 066	264	99 820	186	17 624	2	3 622
Rheinland-Pfalz	1 836	258 843	879	173 522	915	53 822	42	31 499
Kreisfreie Städte	62	53 969	31	38 035	25	7 815	6	8 119
Landkreise	1 774	204 874	848	135 487	890	46 007	36	23 380

1) Die regionale Zuordnung erfolgte nach dem Standort der Gewinnungsanlagen. – 2) Roh- und Reinwassergewinnungsanlagen.

Bedeutender für die Trinkwasserversorgung ist der Einfluß der Gewässergüte auf die Gewinnung von Uferfiltraten und angereichertem Grundwasser, die zusammen mit 7 % am gewonnenen Wasser beteiligt sind. Bei den Uferfiltraten handelt es sich um Wasser, das in seiner Beschaffenheit wesentlich von der des Oberflächenwassers bestimmt wird und deshalb in seiner Qualität großen Schwankungen unterliegt. Es ist Wasser, das durch das Ufer eines Flusses oder Sees versickert und sich im Untergrund nach relativ kurzer Bodenpassage mit dem anstehenden Grundwasser vermischt. Einen wichtigen Beitrag zu der gesamten Wassergewinnung steuern die Uferfiltrate nur in den Städten Koblenz (79 %) und Ludwigshafen (22 %) bei.

Auch die Gewinnung von angereichertem Grundwasser, das heißt von Grundwasser mit anteilig infiltriertem Oberflächenwasser, wobei das Oberflächenwasser im Wassergewinnungsgebiet planmäßig versickert, hat nur in den Landkreisen Cochem-Zell und Mayen-Koblenz mit 45 bzw. 27 % eine große Bedeutung. Die mit Abstand wichtigste Grundlage für die öffentliche Wassergewinnung ist das echte Grundwasser. Mit 174 Mill. m³ entfallen bei einer gesamten Fördermenge von 259 Mill. m³ über zwei Drittel auf diese Wasserart. Während hiervon 35 % direkt mit Trinkwasserqualität gewonnen werden, liegt dieser Prozentsatz beim Quellwasser, das mit einer Förderung von 54 Mill. m³ die zweite Säule der Wassergewinnung bildet, mit 63 % weitaus höher. Für das nicht

mit Trinkwasserqualität geförderte echte Grundwasser und Quellwasser beschränkt sich die Aufbereitung im wesentlichen auf die Verminderung der Eisen-, Mangan- oder Kohlendioxydkonzentration. Vor der Verwendung von Flußwasser und Uferfiltraten zur Trinkwasserabgabe ist, neben zum Teil artentypischen natürlichen Aufbereitungsverfahren (Uferfiltration), oftmals noch eine weitergehende chemisch-physikalische Behandlung notwendig.

Starke regionale Unterschiede des Nitratgehalts

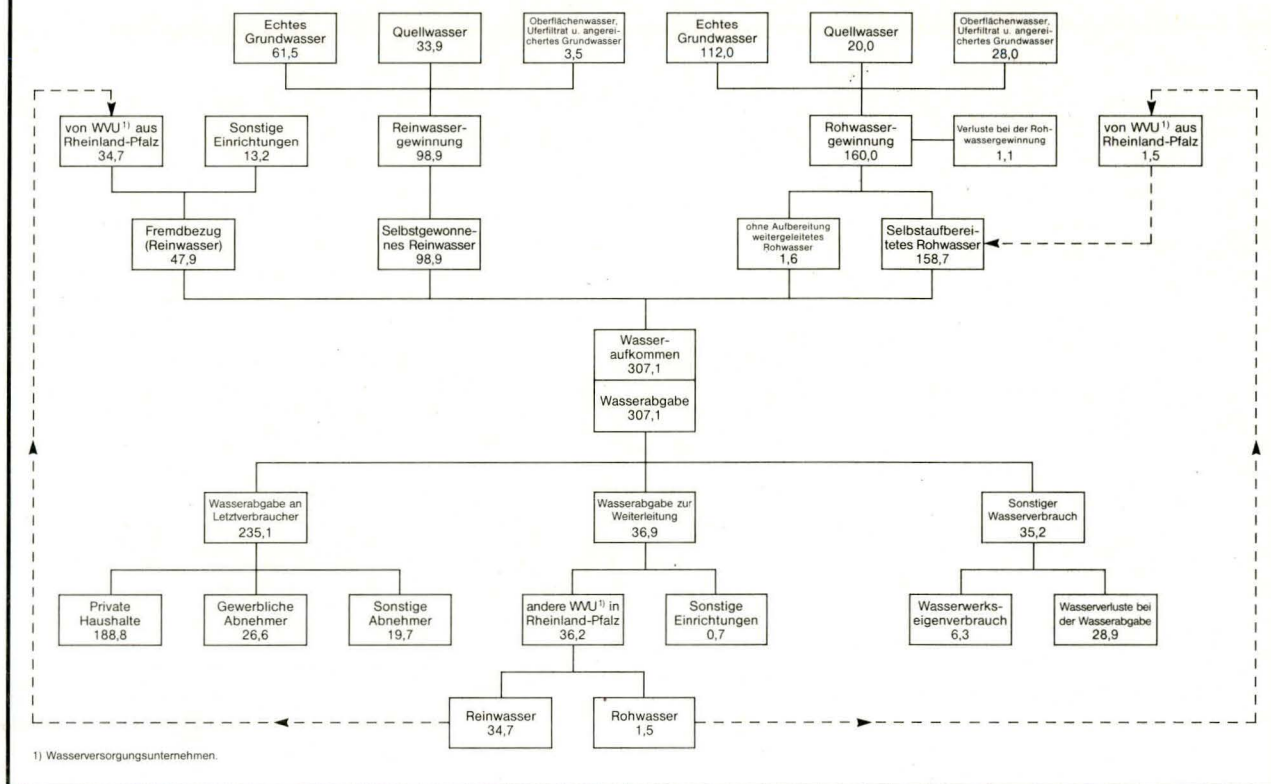
Ein wichtiger Aspekt zur Qualitätsbeurteilung ist der Nitratgehalt des von den Wasserversorgungsunternehmen abgegebenen Trinkwassers, zumal eine Verminderung der Nitratbelastung durch Wiederaufbereitung großtechnisch derzeit noch nicht möglich ist. Die im Rahmen der Umweltstatistiken erhobenen Daten zur Wasserqualität beziehen sich auf die Gewinnungs- und Aufbereitungsanlagen und den Zeitpunkt der Einspeisung des Wassers in das Verteilungsnetz. Eine direkte Schlußfolgerung auf die Beschaffenheit des von den Letztverbrauchern bezogenen Wassers ist nicht möglich, da Qualitätsänderungen durch das Vermischen von Wasser aus verschiedenen Gewinnungs- und Aufbereitungsanlagen keine Berücksichtigung finden. Die Angaben zur Nitratbelastung beziehen sich auf 93 % der Anlagen mit Angaben zu diesem Beschaffenheitspara-

Selbstgewonnenes Reinwasser und selbstaufbereitetes Rohwasser nach dem Nitratgehalt in den Landkreisen 1983 ¹⁾

Verwaltungsbezirk	Insgesamt		Mit Angaben zum Nitratgehalt		Davon mit Nitratgehalt von ... bis unter ... mg/l					
	Anlagen	Wassermenge	Anlagen	Wassermenge	unter 25		25 - 50		50 und mehr	
	Anzahl	1 000 m ³	Anzahl	1 000 m ³	Wassermenge	Anteil	Wassermenge	Anteil	Wassermenge	Anteil
					1 000 m ³	%	1 000 m ³	%	1 000 m ³	%
Landkreise										
Ahrweiler	102	9 386	92	9 256	4 331	46,8	4 684	50,6	241	2,6
Altenkirchen (Ww.)	60	2 379	50	2 043	1 918	93,9	125	6,1	-	-
Bad Kreuznach	105	12 875	101	12 696	3 400	26,8	7 950	62,6	1 346	10,6
Birkenfeld	77	9 123	64	8 333	8 010	96,1	323	3,9	-	-
Cochem-Zell	59	3 207	51	3 146	1 947	61,9	816	25,9	383	12,2
Mayen-Koblenz	61	17 375	59	17 315	3 079	17,8	9 562	55,2	4 674	27,0
Neuwied	90	10 770	85	10 524	1 178	11,2	7 415	70,5	1 931	18,3
Rhein-Hunsrück-Kreis	80	3 472	78	3 337	2 407	72,1	922	27,6	8	0,2
Rhein-Lahn-Kreis	171	8 106	161	7 940	4 619	58,2	3 105	39,1	216	2,7
Westerwaldkreis	196	10 008	179	9 173	8 763	95,5	410	4,5	-	-
Bernkastel-Wittlich	64	8 901	61	8 731	6 462	74,0	2 089	23,9	180	2,1
Bitburg-Prüm	104	9 483	98	9 251	7 425	80,3	1 369	14,8	457	4,9
Daun	84	8 131	81	7 380	6 591	89,3	759	10,3	30	0,4
Trier-Saarburg	50	7 618	44	6 773	6 636	98,0	106	1,6	31	0,5
Alzey-Worms	29	13 030	24	12 020	11 605	96,5	273	2,3	142	1,2
Bad Dürkheim	47	7 110	47	7 110	5 328	74,9	1 250	17,6	532	7,5
Donnersbergkreis	41	2 889	41	2 889	2 382	82,5	366	12,7	141	4,9
Germersheim	16	7 145	15	7 130	6 802	95,4	328	4,6	-	-
Kaiserslautern	51	8 223	51	8 223	6 308	76,7	1 915	23,3	-	-
Kusel	30	3 969	29	3 930	1 741	44,3	2 069	52,6	120	3,1
Südliche Weinstraße	68	6 142	58	5 843	5 263	90,1	467	8,0	113	1,9
Ludwigshafen	11	6 437	11	6 437	6 437	100,0	-	-	-	-
Mainz-Bingen	40	12 361	40	12 361	5 267	42,6	822	6,6	6 272	50,7
Pirmasens	66	6 576	65	6 562	6 369	97,1	178	2,7	15	0,2
Landkreise	1 702	194 716	1 585	188 403	124 268	66,0	47 303	25,1	16 832	8,9
Kreisfreie Städte	61	62 921	57	62 032	54 212	87,4	5 641	9,1	2 179	3,5
Rheinland-Pfalz	1 763	257 637	1 642	250 435	178 480	71,3	52 944	21,1	19 011	7,6

1) Die regionale Zuordnung erfolgte nach dem Standort der Gewinnungs- und Aufbereitungsanlagen.

Wasserflußschema der öffentlichen Wasserversorgung 1983 (Mill. m³)



meter. Diese Einrichtungen repräsentieren 97 % des gesamten Wasseraufkommens.

Auffallend sind bei einer Differenzierung der Ergebnisse nach Stadt- und Landkreisen die sehr großen regionalen Schwankungen der Nitratbelastung. Im Regierungsbezirk Trier ist nur ein sehr geringer Nitratgehalt festzustellen. Lediglich im Landkreis Bitburg-Prüm belief sich der Anteil des gewonnenen Wassers mit einem Nitratgehalt von über 50 mg/l auf 4,9 %. Bei diesem Grenzwert handelt es sich um eine nach den Richtlinien des Rates der EG über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch zulässigen Höchstkonzentration, die auf nationaler Ebene seit Juli 1985 in Kraft ist. Damit wurde der noch bis zu diesem Zeitpunkt gültige und in der Trinkwasser-Verordnung festgelegte Grenzwert von 90 mg/l deutlich reduziert. Zu den Regionen mit überdurchschnittlicher Nitratbelastung gehören die Gebiete am Oberlauf der Mosel sowie am Unterlauf des Rheins mit den Landkreisen Cochem-Zell, Mayen-Koblenz und Neuwied sowie der Stadt Koblenz. In diesem Landesteil lag 1983 immerhin bei 22 % des in das Verteilungsnetz eingespeisten Wassers der Nitratgehalt über dem seit Juli 1985 gültigen Grenzwert.

Die mit Abstand höchste Nitratbelastung ist im Raum Mainz-Bingen (Stadt Mainz und Landkreis Mainz-Bingen) zu registrieren. Über 45 % des hier gewonnenen oder aufbereiteten Wassers wiesen 1983 eine Nitratkonzentration von über 50 mg/l auf. Bei 14 % lag die Konzentration sogar über 90 mg/l. Damit entfiel über ein Drittel des in Rheinland-Pfalz mit einem Nitratgehalt von über 50 mg/l gewonnenen und aufbereiteten Wassers auf diesen schmalen Landschaftsstreifen entlang des Rheins. Gerade in diesem Gebiet kann die von der Landesregierung angestrebte Zurückführung der Stickstoffdüngung zur Sanierung der Wasserreserven beitragen.

Zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser ist neben der weiteren Suche nach neuen Gewinnungsmöglichkeiten und Aufbereitungstechniken kurzfristig nur die Mischung von nitratarmen und nitrathaltigem Wasser realisierbar. Durch einen verstärkten Ausbau der Verbundsysteme werden hierzu derzeit die notwendigen technischen Voraussetzungen geschaffen.

Diplom-Betriebswirt (FH) Hermann-Josef Welz

Auswirkungen des neuen Krankenhausrechts auf das DV-Verfahren KOLK

Mit dem Krankenhaus-Neuordnungsgesetz (KHNG) vom 20. Dezember 1984 hat der Gesetzgeber versucht, eine Reihe von Schwachstellen des bisherigen Krankenhausfinanzierungsrechts zu beseitigen und damit einen Beitrag zur Kostendämpfung im Krankenhaus zu leisten. Entsprechend den Grundsätzen des KHNG mußte das seit 1974 geltende Pflegesatzrecht angepaßt werden. Dieser Verpflichtung ist die Bundesregierung durch die neue Verordnung zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (Bundespfllegesatzverordnung - BPflV) vom 21. August 1985 nachgekommen. Die Verordnung verfolgt insbesondere das Ziel, fehlsteuernde Wirkungen des bisherigen Pflegesatzrechts zu beseitigen und verstärkte Anreize für eine eigenständige, wirtschaftliche und leistungsfähige Betriebsführung zu schaffen. Diesem Ziel dienen

- (1) die Modifizierung des Selbstkostendeckungsgrundsatzes durch
 - die Vorkalkulation der Selbstkosten (prospektives Budget)
 - die Zulassung von Gewinn- und Verlustmöglichkeiten für das Krankenhaus,
- (2) die Festlegung der Pflegesätze vor Beginn des Pflegesatzzeitraums (prospektive Pflegesätze),
- (3) der Übergang vom allgemeinen, tagesbezogenen und vollpauschalierten Pflegesatz als Entgelt für sämtliche allgemeinen Krankenhausleistungen auf verschiedene, stärker leistungsbezogene Vergütungsformen,
- (4) die Schaffung von mehr Transparenz über die Kosten der Krankenhausleistungen, die mit den Pflegesätzen vergütet werden.

Die Bundespfllegesatzverordnung ist am 1. Januar 1986 in Kraft getreten.

So weitreichende rechtliche Neuregelungen, wie sie von Bundestag und Bundesregierung getroffen worden sind, beeinflussen naturgemäß auch die Datenverarbeitungsverfahren, deren sich die Krankenhäuser zur Abwicklung ihrer Aufgaben bedienen. So waren innerhalb kurzer Zeit die Automationsverfahren für folgende Anwendungsgebiete an das neue Krankenhausrecht anzupassen und zu erweitern:

- Abrechnung stationärer Leistungen
- Finanzbuchhaltung
- Anlagenbuchhaltung
- Leistungsnachweise
- Kosten- und Leistungsrechnung.

Die tiefstgreifenden Änderungen betreffen das Verfahren der Kosten- und Leistungsrechnung in Krankenhäusern (KOLK). Sie werden im folgenden dargestellt.

Das Verfahren KOLK

Das Verfahren KOLK wurde in den Jahren 1975 bis 1977 im Rahmen eines kooperativen Bund/Länder-Projektes mit finanzieller Förderung durch den Bundesminister für Forschung und Technologie entwickelt. Es wird seit 1978 in Krankenhäusern routinemäßig eingesetzt. Als Bestandteil der von den Bundesländern und dem kirchlichen Bereich getragenen Zentralen Verfahrens- und Programmpflege für das Rechnungswesen in Krankenhäusern (ZVP) wird es laufend gepflegt und weiterentwickelt.

Das Verfahren KOLK gliedert sich in folgende Teilbereiche:

(1) Kostenartenrechnung

Kosten und Erlöse werden automatisch aus der Finanzbuchhaltung übernommen und mit ihr abgestimmt. Die Abgrenzung von Aufwand und Kosten erfolgt auf sogenannten Abstimmkostenstellen.

(2) Kostenstellenrechnung

Die Kostenarten werden auf Kostenstellen verteilt. Die Kosten von Vorkostenstellen werden im Rahmen der innerbetrieblichen Leistungs- und Umlagerechnung auf Endkostenstellen weiterverrechnet. Für jede Kostenstelle werden die Istkosten der Periode und des aufgelaufenen Jahres sowie die Abweichungen zu den Kosten vergangener Perioden (Zeitvergleich) und zu Normal- und Plankosten (Soll-Ist-Vergleich) gezeigt.

(3) Kostenträgerrechnung

Im Wege der Divisionskalkulation werden die Kosten pro Pflege- und Berechnungstag der einzelnen Station, der Fachabteilung und des Krankenhauses insgesamt ermittelt.

(4) Planungsrechnung

Auf der Grundlage vom Krankenhaus vorzugebender Parameter können maschinell die Planwerte der Kostenarten und Kostenstellen für das kommende Jahr errechnet werden.

(5) Selbstkostenblatt

Entsprechend den Vorschriften der alten Bundespfllegesatzverordnung wurde die Erstellung der notwendigen Kostennachweise für Pflegesatzverhandlung und -festsetzung unterstützt. Hierzu mußte eine eigene Kostenumlagerechnung auf der Basis einzelner Kostenarten durchgeführt werden. An die Stelle des Selbstkostenblatts tritt in der neuen Bundespfllegesatzverordnung ein erweiterter Kosten- und Leistungsnachweis.

Der Verfahrensteil Planungsrechnung wurde in der Vergangenheit von den Krankenhäusern praktisch nicht genutzt. Soweit die Krankenhäuser auf Grund ihrer Größe überhaupt eine Kosten- und Leistungsrechnung führen mußten, konzentrierten sie sich weitgehend auf die Istkostenrechnung, eine Konsequenz der alten Bun-

despflegesatzverordnung, die den vergangenheitsbezogenen Kostennachweis in den Mittelpunkt stellte. Die Planungsrechnung dürfte jedoch künftig eine erhebliche Bedeutung gewinnen; die in Zukunft vorgeschriebene Vereinbarung eines prospektiven Budgets erfordert nämlich die Abkehr von vergangenheitsorientierten Daten zugunsten der Planung.

Voraus kalkulation der Kosten für einen künftigen Pflegesatzzeitraum

Gemäß § 3 BPfIV vereinbaren die Pflegesatzparteien für einen künftigen Zeitraum (Pflegesatzzeitraum) einen Gesamtbetrag (Budget), mit dem grundsätzlich sämtliche allgemeinen Krankenhausleistungen vergütet werden (Ausnahme: bestimmte teure Leistungen). Dieses Budget wird auf der Grundlage der voraus kalkulierten Selbstkosten des Krankenhauses unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Belegung vereinbart (§ 4 Abs. 1). Die Berechnung des Budgets gegenüber den Patienten oder ihren Kostenträgern erfolgt über Pflegesätze. Dabei wird unterschieden in einen allgemeinen Pflegesatz und in besondere Pflegesätze für besondere Abteilungen und Einrichtungen des Krankenhauses (§ 5 Abs. 1 und 2). Zur Ermittlung der verschiedenen Pflegesätze und zum Nachweis im Rahmen des Kosten- und Leistungsnachweises (Anlage zur BPfIV) ist das Budget aufzuteilen auf die auf den allgemeinen Pflegesatz und auf die besonderen Pflegesätze entfallenden Teilbeträge. Der Nachweis muß entsprechend den durch den Kosten- und Leistungsnachweis vorgegebenen Kostenartengruppen für das abgelaufene und das laufende Geschäftsjahr sowie für den künftigen Pflegesatzzeitraum erfolgen. Die Festlegung des Pflegesatzzeitraums unterliegt den Vereinbarungen der Pflegesatzparteien. Er ist grundsätzlich nicht an das Kalenderjahr gebunden und in seinem zeitlichen Umfang variabel.

Um das Budget und die einzelnen Pflegesätze kalkulieren zu können, muß das maschinelle Verfahren KOLK Möglichkeiten vorsehen,

- Kosten auszugliedern (denn ausgehend von den Gesamtkosten des Krankenhauses sind die Kosten für die Leistungen, die nicht zu den allgemeinen stationären Krankenhausleistungen zählen, und die Kosten für besonders teure Leistungen auszugliedern),
- Abgrenzungen innerhalb des Budgets vorzunehmen,
- die Kostenkalkulation auf der Basis der Istkosten für das abgelaufene und das laufende Geschäftsjahr zu erstellen sowie auf der Basis der Plankosten für einen künftigen zeitlich variablen Pflegesatzzeitraum.

Die notwendigen Ausgliederungs- und Abgrenzungsmöglichkeiten sind im Verfahren KOLK vorhanden. Damit ist die Erstellung der Teile des Kosten- und Leistungsnachweises, die sich auf vergangenheitsbezogene Istkosten beziehen, im Rahmen von KOLK ohne Änderungen möglich. Erweiterungen sind jedoch bezüglich der voraus kalkulierten Kosten notwendig.

Für die Vorkalkulation der Kosten des Budgets, unterteilt in die auf die verschiedenen Pflegesätze entfallenden Budgetteile, reicht die in KOLK vorhandene Pla-

nungsrechnung nicht, da sie nur die Primärkostenplanung der einzelnen Kostenstellen erlaubt. Notwendig ist aber eine Aufteilung der Kosten der Vorkostenstellen auf die auszugliedernden Bereiche und die einzelnen Budgetteile. Dies ist aber nur im Rahmen einer Kostenverteilung auf der Basis der Plankosten möglich. Die für die Istkosten bestehende Lösung ist auf die Plankosten auszuweiten. Grundlage dieser Kostenverteilung können nicht die Istwerte der Vergangenheit sein (also die ausgetauschten innerbetrieblichen Leistungen und die festgelegten Umlageschlüssel), sondern es muß die Möglichkeit eröffnet werden, auf der Basis vorhandener Istwerte zu Planwerten der innerbetrieblichen Leistungsverrechnung und zu Planumlageschlüsseln zu kommen.

Außerdem muß das Verfahren so angelegt sein, daß die Primärkostenplanung und Sekundärplankostenverteilung für einen vom Anwender frei vorgebbaren Zeitraum erfolgen kann, der sich auf mehr als ein Kalenderjahr bezieht und länger sein kann als zwölf Monate.

Vor- und Nachkalkulation der Sonderentgelte nach § 6 BPfIV

Gemäß § 6 Abs. 1 BPfIV können außerhalb des Budgets neben den Pflegesätzen nach § 5 für eine Reihe besonders teurer Leistungen Sonderentgelte vereinbart werden. Basis der Sonderentgelte sind die voraus kalkulierten Selbstkosten. Im Rahmen des Kosten- und Leistungsnachweises sind zusätzlich die auf die Leistungen nach § 6 BPfIV entfallenden Kosten des abgelaufenen und des laufenden Geschäftsjahres nachzuweisen. In die Vor- und Nachkalkulation dürfen nur bestimmte Personalkostenarten und die Kosten des medizinischen Bedarfs einbezogen werden.

Mit der Notwendigkeit der Kalkulation von Einzelleistungen neben den allgemeinen Krankenhausleistungen wird die bisherige einheitliche Kalkulationsbasis Berechnungstag verlassen. Damit muß auch die Kostenträgerrechnung des Verfahrens KOLK, die bislang allein auf der Divisionskalkulation basierte, um differenziertere Kalkulationsmethoden erweitert werden.

Die maschinelle Lösung zur Kalkulation der Sonderentgelte kann nicht allein auf die Anforderungen des § 6 BPfIV und des entsprechenden Kostennachweises abgestellt werden. Vielmehr ist zu berücksichtigen, daß gem. § 21 BPfIV die Vertragsparteien auch Vergütungsformen vereinbaren können, die von den §§ 4 bis 6 abweichen. Entsprechend der Begründung der Bundesregierung zu § 21 sind hiermit alternative Vergütungsformen wie krankheitsartenbezogene Fallpauschalen, degressive Pflegesätze oder eine Vergütung nach Leistungskomplexen gemeint. Generell verfolgt die Novellierung der Bundespflegesatzverordnung das Ziel, zu einer leistungsgerechteren Belastung der Patienten und ihrer Kostenträger zu kommen. Die Bundesregierung hat derzeit jedoch davon abgesehen, weitgehende leistungsorientierte Vergütungsformen durch Verordnung zu regeln, da sie zunächst eine eingehende Erprobung und wissenschaftliche Untersuchung

ihrer Auswirkungen für erforderlich hält. Entsprechende Modellversuche sind im Rahmen der Gesundheitsforschung der Bundesregierung vorgesehen.

Es ist also nicht auszuschließen, daß künftig auch stärker leistungsbezogene Entgeltformen für Krankenhausleistungen zum Zuge kommen werden. Dies ist auch deshalb möglich, weil mit den nunmehr verbindlich vorgeschriebenen Leistungs- und Diagnosestatistiken wesentliche Voraussetzungen für eine leistungsbezogene Kostenzuordnung geschaffen werden. Leistungsbezogene Entgelte können aber nur dann praktiziert werden, wenn das Krankenhaus über eine differenzierte Kostenträgerrechnung verfügt. Eine Neugestaltung der Kostenträgerrechnung in KOLK sollte deshalb entsprechend breit und flexibel angelegt sein, um sich künftigen Entwicklungen ohne größeren Aufwand anpassen zu können.

Dies bedeutet konkret, daß das zu konzipierende Verfahren auch die Kalkulation der Kosten von Einzelleistungen der medizinischen Leistungsstellen, von Fallkosten und von Kosten pro Krankheitsart bzw. Krankheitsgruppe ermöglichen muß. Damit wäre nunmehr die bei der Konzeption von KOLK für eine zweite Ausbaustufe vorgesehene Erweiterung der Kostenträgerrechnung detailliert zu konzipieren und zu realisieren.

Die notwendige Differenzierung der maschinellen Kostenträgerrechnung ist kurzfristig nicht zu verwirklichen. Da die Möglichkeiten des § 21 BPfIV wahrscheinlich erst mittelfristig in einzelnen Fällen genutzt werden, reicht es zunächst aus, wenn kurzfristig eine maschinelle Unterstützung bei der Kalkulation der Sonderentgelte nach § 6 BPfIV realisiert wird. Diese ermöglicht es, die Kosten der gesondert abrechenbaren Leistungen bestimmten „§ 6-Kostenstellen“ zuzurechnen und damit die von der Bundespflegesatzverordnung geforderte Abtrennung vom allgemeinen Krankenhausbudget vorzunehmen.

Kurzfristige Erfolgskontrolle

Die Vertragsparteien der Pflegesatzverhandlungen sind grundsätzlich an die Vorauskalkulation und das vereinbarte Verhandlungsergebnis (Budget, Pflegesätze, Sonderentgelte) gebunden. Ausnahmen hiervon sind in der Verordnung nur vorgesehen für

- (1) durch Belegungsschwankungen verursachte abweichende Erlöse des Krankenhauses; die durch eine abweichende Belegung entstandenen Mehr- oder Mindererlöse des Krankenhauses werden – soweit nichts anderes vereinbart ist – zu 75 % ausgeglichen (§ 4 Abs. 1 BPfIV).
- (2) Änderungen der Personalkosten während des Pflegesatzzeitraums auf Grund von Rechtsvorschriften, Tarifverträgen oder entsprechenden allgemeinen Vergütungsregelungen (§ 4 Abs. 2 BPfIV).
- (3) Außergewöhnliche Abweichungen, die den Rahmen der normalen Fehlerquote bei der Vorauskalkulation überschreiten (§ 4 Abs. 3 BPfIV).

Nur in diesen Ausnahmefällen werden für das folgende Budget entsprechende Ausgleichsbeträge vorgesehen.

Die zwischen den Vertragsparteien getroffenen Vereinbarungen stellen also für das Krankenhaus einen relativ festen Kostenrahmen dar. Weichen die tatsächlich entstandenen Selbstkosten des Krankenhauses von den durch Pflegesätze und Sonderentgelte vorgegebenen Erlösen ab, ohne daß ein Ausgleich möglich ist, so verbleibt ein Überschuß beim Krankenhaus. Eine Unterdeckung muß vom Krankenhaus getragen werden.

Das Krankenhaus wird also ein vitales Interesse daran haben, die Kostenentwicklung aktuell zu überwachen, um rechtzeitig eventuelle Fehlentwicklungen zu erkennen und entsprechende Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. Hierzu müssen dem Krankenhaus Informationen darüber zur Verfügung gestellt werden, wie sich die tatsächlichen Kosten im Vergleich zum Budget und den Sonderentgelten nach § 6 BPfIV entwickeln.

In den Krankenhäusern wird also künftig eine kurzfristige Erfolgskontrolle verstärkt notwendig sein. Sie setzt ein aussagefähiges Informations- und Kontrollsystem voraus (Krankenhaus-Controlling), das seine Informationen vor allem aus dem betrieblichen Rechnungswesen und speziell der Kostenrechnung bezieht.

Umsetzung der Verordnungsanforderungen in dem Automationsverfahren KOLK

Die sich aus der neuen Bundespflegesatzverordnung ergebenden Anpassungen und Erweiterungen des Automationsverfahrens KOLK lassen sich in folgenden Bereichen zusammenfassen:

- (1) Ausweitung der Planungsrechnung zur Unterstützung der Budgetkalkulation:
Die Arbeiten haben begonnen und werden im ersten Halbjahr 1986 abgeschlossen.
- (2) Unterstützung der Vor- und Nachkalkulation von Sonderentgelten:
Die notwendigen Arbeiten sind erledigt.
- (3) Entwicklung eines Verfahrens für eine differenzierte Kostenträgerrechnung:
Hierfür wird zunächst ein detailliertes fachliches Konzept erarbeitet.

Die notwendigen Aktivitäten werden im Rahmen der bundesweiten zentralen Verfahrens- und Programmpflege (ZVP) erledigt und von den beteiligten Ländern und dem kirchlichen Bereich anteilig finanziert.

Ergänzt werden diese Aktivitäten durch die Entwicklung eines Controlling-Systems, mit dem eine kurzfristige Erfolgskontrolle im Krankenhaus gewährleistet werden soll. Diese Entwicklung erfolgt im Rahmen eines kooperativen Projekts.

Diplom-Volkswirt Wolfgang Zanke

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 634	3 627	3 623	3 622	3 624	3 619	3 618
Natürliche Bevölkerungs-bewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 943	1 918	1 588	1 396	1 704	2 128 ^p	1 632 ^p	1 185 ^p	1 782 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,4	6,3	5,2	4,7	5,5	7,2 ^p	5,3 ^p	3,9 ^p	5,8 ^p
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	2 952	2 959	3 016	2 818	2 764	3 042 ^p	3 040 ^p	2 623 ^p	2 652 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,7	9,8	9,8	9,5	9,0	10,2 ^p	9,9 ^p	8,5 ^p	8,6 ^p
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 705	3 574	3 761	3 605	3 504	3 310 ^p	3 406 ^p	3 551 ^p	3 680 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,2	11,8	12,2	12,1	11,4	11,1 ^p	11,1 ^p	11,6 ^p	12,0 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	33	31	43	39	33	19 ^p
* je 1 000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	10,9	10,3	13,9	13,5	11,2	6,4 ^p
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (—)	Anzahl	– 753	– 616	– 745	– 787	– 740	– 268 ^p	– 366 ^p	– 928 ^p	– 1 028 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	– 2,5	– 2,0	– 2,4	– 2,6	– 2,4	– 0,9 ^p	– 1,2 ^p	– 3,0 ^p	– 3,3 ^p
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	7 066	6 424	8 027	5 758	8 415	7 182
* Fortgezogene	Anzahl	6 565	6 601	7 429	6 551	5 429	7 872
* Wanderungssaldo	Anzahl	502	– 176	598	– 793	2 986	– 690
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	11 553	10 192	11 346	10 731	9 343	11 110
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	122 256	120 162	111 265	116 571	126 175	112 509	112 272	119 491	129 316
* Männer	Anzahl	69 433	67 230	58 650	62 818	71 458	57 419	57 354	63 379	71 583
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	8 739	9 121	.	.	11 027	7 301	.	.	11 192
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	46 273	44 691	.	.	45 138	38 107	.	.	44 714
Arbeitslosenquote	%	8,5	8,3	7,7	8,1	8,8	7,8	7,8	8,3	9,0
Offene Stellen	Anzahl	4 123	4 172	3 938	3 693	3 651	5 323	4 958	5 030	4 890
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	112	375	.	.	217
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	1 169	1 840	.	.	1 641
Kurzarbeiter	Anzahl	29 026	17 571	15 801	14 969	15 894	8 715	8 679	10 020	11 948
Männer	Anzahl	22 820	13 717	11 023	11 351	12 596	5 911	5 759	7 041	9 306
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ⁶⁾	t	14 275	14 366	16 218	15 509	15 232	14 287	15 716	15 472	15 276
* Rinder	t	4 840	4 999	5 929	5 585	5 199	4 609	5 844	5 286	5 014
* Kälber	t	24	33	36	39	47	25	28	24	31
* Schweine	t	9 302	9 210	10 106	9 750	9 833	9 553	9 715	10 010	10 094
Milch										
* Milchherzeugung	1 000 t	82	80	72	69	73	76	76	69	74
* an Molkereien und Händler geliefert	%	95,4	95,0	94,6	92,8	92,4	93,9	93,7	93,4	93,3
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe ⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 732	2 684	2 674	2 670	2 670	2 645	2 644	2 635	2 635
* Beschäftigte	1 000	362	361	364	364	362	369	368	368	366
* Arbeiter ⁸⁾	1 000	251	250	252	252	251	256	255	254	253
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	35 740	35 470	38 945	37 190	32 137	36 316	39 273	36 631	32 029
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 147	1 182	1 165	1 425	1 508	1 176	1 233	1 476	1 654
* Löhne	Mill. DM	675	693	711	827	843	691	754	860	917
* Gehälter	Mill. DM	472	489	454	598	665	485	479	616	737
* Stromverbrauch	Mill. kWh	958	991	1 119	1 007	959	1 038	1 076	1 031	966
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 388	6 658	7 366	7 090	6 819	6 920	7 527	6 943	6 674
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 185	2 366	2 675	2 491	2 448	2 509	2 629	2 409	2 451

1) Nach dem Ereignisort. — 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. — 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. — 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. — 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. — 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — 8) Einschl. gewerblich Auszubildender.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	97	98	100	108	103	102	105	109 ^P	97 ^P
ohne Bauhauptgewerbe	1980 = 100	98	99	100	109	106	103	106	112 ^P	100 ^P
Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	97	98	99	108	105	103	105	110	98
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	96	101	100	104	96	105	108	104	87
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1980 = 100	81	84	92	90	75	102	100	90	73
Chemische Industrie	1980 = 100	102	111	111	115	107	112	117	112	94
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	103	96	96	112	123	107	106	118	113
Maschinenbau; Büro- maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1980 = 100	99	94	92	108	137	109	111	120	126
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1980 = 100	109	95	105	117	114	99	102	113	95
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	92	93	95	102	93	98	96	105	90
Herstellung von Schuhen	1980 = 100	96	95	96	86	76	108	93	90	75
* Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	1980 = 100	97	99	107	123	113	99	110	123	114
Bauhauptgewerbe	1980 = 100	89	91	98	100	81	96	94	88	73
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	200	239	315	283	304	152	247
Strombezug ¹⁾	Mill. kWh	2 285	2 366	2 409	2 579	2 611	2 061	2 507
Stromlieferungen ¹⁾	Mill. kWh	766	758	881	992	1 007	669	793
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 720	1 763	1 843	1 870	1 908	1 544	1 961
Gasverbrauch	Mill. cbm	315	338	311	404	432	268	367	466	427
Handwerk ²⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	101	100	.	.	99	97
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976 = 100	136	139	.	.	160	143
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	68 631	67 995	68 917	67 905	66 473	65 125	64 440	63 542	62 329
Facharbeiter	Anzahl	35 621	34 902	35 460	34 416	33 394	33 308	32 913	32 656	31 963
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 621	15 815	15 970	16 026	15 722	15 716	15 542	14 976	14 509
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	8 084	7 980	9 535	8 454	6 171	8 688	9 021	6 990	5 813
Privater Bau	1 000	5 209	5 184	5 925	5 266	3 875	5 271	5 399	4 187	3 529
* Wohnungsbau	1 000	3 360	3 295	3 834	3 373	2 374	3 186	3 293	2 532	2 116
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	54	59	77	65	35	68	50	31	26
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 795	1 830	2 014	1 828	1 466	2 017	2 056	1 624	1 387
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	2 875	2 796	3 610	3 188	2 296	3 417	3 622	2 803	2 284
Hochbau	1 000	660	636	834	746	553	818	824	643	590
Tiefbau	1 000	2 216	2 160	2 776	2 442	1 743	2 599	2 798	2 160	1 694
Straßenbau	1 000	1 203	1 172	1 557	1 311	940	1 409	1 556	1 218	943
Löhne und Gehälter	Mill. DM	185	185	200	244	181	187	194	213	179
* Löhne	Mill. DM	156	156	173	206	149	158	166	177	147
* Gehälter	Mill. DM	29	29	27	38	32	29	28	36	32
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	529	547	669	706	701	645	674	616	612

1) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 015	819	697	685	516	719	734	505	450
* mit 1 Wohnung	Anzahl	637	530	421	450	344	493	506	328	299
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	280	211	205	175	115	178	177	125	109
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	99	78	71	60	57	48	51	52	42
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 144	885	760	674	581	744	722	552	478
* Wohnfläche	1 000 qm	189	148	128	112	98	118	122	93	80
Wohnräume	Anzahl	8 950	7 017	6 028	5 398	4 740	5 721	5 758	4 440	3 831
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	356	278	243	216	181	243	229	175	152
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	3	2	2	3	3	2	3	3	–
Unternehmen	Anzahl	116	122	124	139	109	85	136	79	74
Private Haushalte	Anzahl	896	695	571	543	404	632	595	423	376
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	196	162	169	157	151	167	164	144	150
* Umbauter Raum	1 000 cbm	693	568	783	508	616	807	422	558	690
* Nutzfläche	1 000 qm	119	97	122	89	101	124	75	96	112
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	135	110	106	112	119	121	82	108	121
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	28	28	29	27	51	31	33	22	46
Unternehmen	Anzahl	165	131	135	127	100	132	122	117	100
Private Haushalte	Anzahl	3	3	5	3	–	4	9	5	4
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 254	1 740	1 532	1 305	1 150	1 317	1 397	1 105	964
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 133	2 338	2 683	2 503	2 205	2 500	2 758	2 434	...
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 007	1 144	1 314	1 256	1 019	1 289	1 387	1 242	...
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	160	194	241	194	156	203	195	180	...
Dänemark	Mill. DM	35	40	44	47	33	44	50	48	...
Frankreich	Mill. DM	278	297	320	323	258	307	331	320	...
Griechenland	Mill. DM	19	23	23	21	19	21	22	19	...
Großbritannien	Mill. DM	164	195	244	222	178	241	273	235	...
Irland	Mill. DM	7	7	7	9	6	7	8	8	...
Italien	Mill. DM	153	179	211	196	179	230	245	217	...
Niederlande	Mill. DM	142	159	170	185	145	181	189	154	...
Spanien	Mill. DM	36	40	43	47	36	45	58	46	...
Portugal	Mill. DM	12	10	11	12	8	9	14	14	...
USA und Kanada	Mill. DM	140	172	187	192	150	183	212	161	...
Japan	Mill. DM	38	48	54	53	61	51	57	40	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	472	435	467	399	441	391	426	369	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	102	108	130	127	104	114	121	133	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 515	1 607	1 604	1 624	1 542	1 550	1 752	1 568	...
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	790	854	896	896	806	844	958	870	...
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	205	203	190	197	173	182	189	161	...
Dänemark	Mill. DM	15	18	23	23	21	18	19	18	...
Frankreich	Mill. DM	183	191	197	210	182	170	223	182	...
Griechenland	Mill. DM	6	10	6	17	20	8	6	6	...
Großbritannien	Mill. DM	48	59	63	72	58	71	65	57	...
Irland	Mill. DM	3	3	2	2	2	6	3	4	...
Italien	Mill. DM	136	140	187	145	138	118	178	174	...
Niederlande	Mill. DM	161	193	190	185	173	237	229	221	...
Spanien	Mill. DM	27	32	33	39	33	29	40	40	...
Portugal	Mill. DM	4	5	7	6	5	4	7	6	...
USA und Kanada	Mill. DM	111	114	93	130	143	72	101	77	...
Japan	Mill. DM	27	57	88	84	65	40	58	58	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	345	324	249	241	241	349	349	280	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	61	52	55	56	58	51	74	38	...

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Zahlenspiegel von Rheinland - Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1980 = 100	94	95	96	96	97	95	95	96	96
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	105	106	114	112	138	102	117	119	136
Großhandel										
Beschäftigte	1980 = 100	95	94	96	96	96	98	98	97	97
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	106	113	137	126	113	127	141	119	118
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1980 = 100	97	97	104	98	95	107	105	99	98
Teilbeschäftigte	1980 = 100	99	106	117	105	105	117	114	109	106
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	105	104	124	100	100	132	128	101	95
Beherbergungsgewerbe	1980 = 100	113	115	157	111	98	173	170	114	99
Gaststättengewerbe	1980 = 100	96	97	104	93	101	106	102	91	92
Fremdenverkehr										
in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	429	438	649	301	212	710	701	319	...
* Ausländer	1 000	77	105	116	46	37	180	133	49	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 502	1 532	2 077	922	782	2 379	2 233	997	...
* Ausländer	1 000	237	316	341	124	116	524	390	139	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 475	1 495	1 632	1 546	1 424	1 052	1 362	1 233	1 266
* Güterversand	1 000 t	1 183	1 139	1 282	1 067	871	1 503	880	811	760
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	14 017	13 281	13 327	10 532	8 492	11 550	14 310	11 116	9 380
Krafträder	Anzahl	1 339	1 026	459	277	200	333	239	105	103
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	11 726	11 441	11 990	9 594	7 749	10 523	13 281	10 431	8 671
* Lastkraftwagen	Anzahl	538	506	509	424	318	444	476	401	358
Zugmaschinen	Anzahl	315	230	309	189	184	187	248	129	164
Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	9 323	9 808	11 075	10 254	10 145	10 147	10 753	11 747	10 231
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 892	1 813	1 860	1 608	1 595	2 052	1 849	1 502	1 402
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 431	7 995	9 215	8 646	8 550	8 095	8 904	10 245	8 821
Verunglückte Personen	Anzahl	2 576	2 456	2 493	2 170	2 158	2 723	2 455	2 036	1 983
* Getötete	Anzahl	61	53	69	61	64	48	47	42	58
Pkw -Insassen	Anzahl	32	24	32	19	29	26	26	26	41
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	12	11	12	8	6	12	8	4	3
Radfahrer	Anzahl	3	3	7	4	4	1	1	-	1
Fußgänger	Anzahl	11	12	14	26	20	8	10	10	10
Schwerverletzte	Anzahl	801	738	728	604	631	793	712	614	626
Pkw -Insassen	Anzahl	410	362	327	341	359	316	713	387	416
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	208	201	210	119	100	263	194	75	67
Radfahrer	Anzahl	44	40	50	34	35	79	60	27	32
Fußgänger	Anzahl	96	93	110	96	102	94	101	111	95
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	74	67	59	91	64	67	76	67	72
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	45 106	143 676	16 819	54 362	41 953	29 675	71 306	29 988	31 721
* Vergleichsverfahren	Anzahl	1	.	2	-	1	-	1	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	1 022	906	911	865	1 023	875	886	852	822
* Wechselsumme	1 000 DM	8 041	8 401	8 853	7 682	7 787	8 039	9 649	6 380	8 138

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monats- ende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	72 923	76 876	75 677	76 025	76 876	78 759	79 051	79 353	81 737
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	71 328	75 111	73 951	74 268	75 111	76 865	77 218	77 501	79 858
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	15 322	16 246	15 963	16 002	16 246	15 687	15 527	15 511	15 996
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	14 209	15 357	14 917	15 091	15 357	15 129	14 975	14 967	15 448
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 113	889	1 046	911	889	557	552	544	548
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	9 676	9 309	9 324	9 240	9 309	8 848	8 897	8 838	9 174
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	7 712	7 591	7 669	7 600	7 591	7 290	7 297	7 264	7 666
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 964	1 718	1 655	1 640	1 718	1 558	1 600	1 574	1 508
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	46 331	49 556	48 664	49 026	49 556	52 331	52 794	53 151	54 688
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	36 993	40 005	39 219	39 443	40 005	41 985	42 310	42 625	44 088
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	9 338	9 551	9 445	9 583	9 551	10 345	10 484	10 527	10 599
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	59 426	63 350	60 360	62 167	63 350	64 130	64 468	65 920	70 018
* Sichteinlagen	Mill. DM	8 744	9 110	8 099	9 305	9 110	8 633	8 585	9 841	9 611
* Termingelder	Mill. DM	20 136	22 330	22 092	22 473	22 330	23 474	23 765	23 825	24 610
* Spareinlagen	Mill. DM	30 546	31 910	30 170	30 389	31 910	32 023	32 118	32 255	35 796
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	1 702	1 636	1 493	1 423	2 965	1 311	1 683	1 390	3 249
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 569	1 526	1 354	1 204	1 444	1 240	1 590	1 252	1 589
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	1 210 642	1 269 938	836 343	1 318 128	2 142 422	1 625 426	890 560	1 474 716	2 163 653
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	822 046	869 232	453 930	881 467	1 724 124	1 244 125	512 227	1 013 903	1 758 519
* Lohnsteuer	1 000 DM	581 559	614 530	495 339	817 288	866 036	508 649	518 946	891 273	945 651
Einnahmen aus der Lohn- steuererlegung	1 000 DM	108 984	114 308	—	346 975	—	—	—	381 420	—
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	102 263	99 625	—29 151	—13 130	409 484	384 421	—21 509	—38 864	408 231
* Kapitalertragsteuer	1 000 DM	14 531	20 737	5 242	9 818	23 528	9 726	8 065	13 312	10 381
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	123 694	134 341	—17 500	67 491	425 076	341 329	6 725	148 182	394 256
Einnahmen aus der Körper- schaftsteuererlegung	1 000 DM	27 817	22 578	—	85 003	—	—	—	108 408	—
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	388 596	400 706	382 413	436 661	418 298	381 301	378 333	460 813	405 134
* Umsatzsteuer	1 000 DM	245 161	238 076	207 418	271 936	259 322	213 878	220 514	291 384	258 885
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	143 435	162 630	174 995	164 725	158 976	167 423	157 819	169 429	146 249
* Bundessteuern	1 000 DM	163 985	149 793	132 059	124 165	258 385	108 189	125 467	121 617	238 465
* Zölle	1 000 DM	10 187	11 822	12 942	12 694	14 525	11 022	11 071	11 587	9 414
* Verbrauchsteuern (ohne Bier- steuer)	1 000 DM	150 748	134 430	115 781	107 993	240 838	94 184	101 924	106 322	226 074
* Landessteuern	1 000 DM	75 660	73 523	68 641	99 504	49 854	59 924	63 978	91 187	50 127
* Vermögensteuer	1 000 DM	18 706	14 337	6 252	40 802	1 898	2 744	1 436	39 929	2 171
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	36 183	38 025	40 380	30 936	25 668	34 225	38 366	29 095	26 541
* Biersteuer	1 000 DM	6 154	6 043	5 510	6 456	5 734	7 081	6 161	6 378	5 356

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute, ohne Landeszentralbank, Kreditgenossenschaften bis einschließlich November 1985, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie Postscheck- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite. - 2) Einschl. Zinsgutschriften.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
* Gemeindesteuern 1)	1 000 DM	437 379	515 529	.	.	.	551 669	.	.	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 046	8 212	.	.	.	8 930	.	.	.
* Grundsteuer B	1 000 DM	81 892	85 346	.	.	.	108 793	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	299 509	376 176	.	.	.	389 151	.	.	.
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	35 823	33 871	.	.	.	34 454	.	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	791 067	802 134	600 623	791 565	1 324 773	913 029	620 255	867 253	1 309 720
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	359 736	381 054	192 001	380 423	766 398	555 083	218 805	443 021	777 718
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	258 426	262 471	250 488	286 021	273 996	249 757	247 816	301 838	265 370
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	615 866	649 308	441 618	695 535	1 047 460	801 021	469 073	766 095	1 029 320
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	357 758	378 715	190 167	377 555	765 452	551 696	215 800	441 922	775 329
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	173 528	188 254	156 735	217 520	206 160	189 401	161 128	232 209	175 697
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1)	1 000 DM	693 761	780 404	.	.	.	831 478	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 2)	1 000 DM	248 246	319 713	.	.	.	331 262	.	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	307 645	321 309	.	.	.	337 698	.	.	.
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1980 = 100	115,6	118,4	119,0	119,2	119,3	120,9	121,1	121,3	121,4
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	114,3	116,0	115,0	115,2	115,3	116,2	115,9	116,1	116,4
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk 3)	1980 = 100	111,2	114,0	.	114,2	.	.	.	114,9	.
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	15,10	15,49	15,58	.	.	.	16,24	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	15,92	16,32	16,38	.	.	.	17,10	.	.
* Facharbeiter	DM	16,85	17,18	17,24	.	.	.	17,97	.	.
* Angelernte Arbeiter	DM	15,09	15,49	15,55	.	.	.	16,39	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	13,20	13,60	13,74	.	.	.	14,47	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	11,17	11,52	11,61	.	.	.	12,11	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	10,73	11,06	11,11	.	.	.	11,85	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	41,1	41,0	41,0	.	.	.	40,8	.	.
* Männliche Arbeiter	Std.	41,6	41,4	41,4	.	.	.	41,2	.	.
* Weibliche Arbeiter	Std.	39,1	39,3	39,2	.	.	.	39,2	.	.
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	3 738	3 881	3 933	.	.	.	4 079	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 385	3 504	3 543	.	.	.	3 655	.	.
* männlich	DM	4 046	4 176	4 213	.	.	.	4 353	.	.
* weiblich	DM	2 607	2 710	2 748	.	.	.	2 848	.	.
* Technische Angestellte	DM	4 076	4 232	4 293	.	.	.	4 457	.	.
* männlich	DM	4 164	4 319	4 384	.	.	.	4 557	.	.
* weiblich	DM	2 874	3 018	3 052	.	.	.	3 162	.	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	2 525	2 642	2 676	.	.	.	2 747	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 514	2 626	2 663	.	.	.	2 737	.	.
* männlich	DM	3 125	3 208	3 243	.	.	.	3 317	.	.
* weiblich	DM	2 057	2 172	2 209	.	.	.	2 275	.	.

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 3) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 423	61 175	61 089	61 077	61 063	61 031	61 035
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	30 830	30 345	34 010	28 211	23 620	44 314 ^f	35 466 ^p	30 392 ^p	...
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	49 515	48 680	49 949	49 600	46 537	49 800 ^f	51 220 ^p	51 255 ^p	...
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	59 861	58 010	52 909	58 098	58 016	52 296 ^f	54 246 ^p	56 940 ^p	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (—)	Anzahl	– 10 346	– 9 330	– 2 960	– 8 498	– 11 479	– 2 496 ^f	– 3 026 ^p	– 5 685 ^p	...
Arbeitslose	1 000	2 258	2 266	2 143	2 145	2 189	2 217	2 152	2 149	2 211
Männer	1 000	1 273	1 277	1 155	1 155	1 196	1 176	1 133	1 126	1 180
Arbeitslosenquote	%	9,1	9,1	8,6	8,6	8,8	8,9	8,7	8,6	8,9
Offene Stellen	1 000	76	88	91	85	82	117	117	112	110
Kurzarbeiter	1 000	675	384	262	301	257	74	102	127	160
Männer	1 000	548	325	220	249	205	57	74	93	123
Produzierendes Gewerbe ⁴⁾										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	95	99	103	109	110	89	108	115	114
ohne Baugewerbe	1980 = 100	96	100	103	110	111	90	109	115	117
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	96	99	104	110	111	90	110	116	116
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	94	98	100	103	102	93	103	105	102
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	99	102	109	116	118	90	120	126	130
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	92	94	101	104	102	81	103	106	102
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1980 = 100	99	101	101	117	119	97	104	121	120
Baugewerbe	1980 = 100	89	89	105	108	97	84	98	109	83
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	6 927	6 854	6 913	6 908	6 904	7 002	7 035	7 029	7 028
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	660	653	654	737	693	611	675	740	681
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	109 389	116 538	121 494	131 900	126 259	111 401	130 668	138 092	128 964
Auslandsumsatz	Mill. DM	29 603	33 544	35 809	39 030	37 278	31 488	38 876	39 842	38 282
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	25 939	27 599	25 580	28 025	29 545	23 788	26 165	30 320 ^p	...
Gaserzeugung	Mill. cbm	2 971	2 922	2 628	2 979	3 280	2 301	2 265	2 956	3 307 ^p
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 122	1 106	1 147	1 125	1 107	1 066	1 070	1 058	1 042
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	123	122	135	151	130	116	132	144	105
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 866	9 079	10 053	10 952	11 045	9 124	9 606	10 994	10 154
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	13 657	11 327	11 014	10 176	8 481	9 984	10 059	9 877	7 501
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	11 838	9 892	9 608	8 885	7 409	9 127	9 162	8 991	6 762
Wohnfläche	1 000 qm	2 804	2 230	2 114	2 027	1 642	1 726	1 794	1 731	1 356
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 215	2 509	2 730	2 521	2 389	2 830	2 867	2 792	2 219
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	34 964	28 020	26 182	25 914	21 067	21 003	21 993	21 162	16 761
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980=100	108,4	111,2	105,9	118,0	119,7	106,9	106,7	124,0 ^p	125,4 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980=100	107,0	108,9	120,4	117,0	102,3	122,2	124,9	120,5 ^p	...

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	36 028	40 684	40 563	47 853	44 988	38 767	43 899	49 256	44 211
EG-Länder insgesamt 4)	Mill. DM	18 163	20 338	21 261	24 595	22 234	17 964	22 468	24 827	22 108
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 653	2 838	3 006	3 394	2 962	2 686	3 120	3 521	3 035
Frankreich	Mill. DM	4 630	5 112	5 756	6 145	5 459	3 679	5 090	5 655	5 283
Großbritannien	Mill. DM	2 950	3 382	3 465	4 312	3 732	3 379	3 888	4 321	3 880
Italien	Mill. DM	2 674	3 140	3 237	3 767	3 517	2 260	3 593	3 921	3 471
Niederlande	Mill. DM	3 154	3 510	3 594	4 192	3 945	3 633	4 042	4 341	3 655
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	32 530	36 185	35 229	39 842	38 010	35 620	36 470	40 590	37 190
EG-Länder insgesamt 4)	Mill. DM	16 598	18 121	17 611	19 302	19 091	17 368	18 593	21 146	19 244
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 341	2 403	2 449	2 607	2 562	2 141	2 557	2 818	2 462
Frankreich	Mill. DM	3 714	3 825	3 762	3 968	4 107	3 670	3 523	4 645	3 685
Großbritannien	Mill. DM	2 261	2 774	2 979	2 839	2 960	2 664	3 075	2 995	2 899
Italien	Mill. DM	2 632	2 843	2 614	3 270	2 830	2 593	2 787	3 541	3 026
Niederlande	Mill. DM	4 016	4 419	4 158	4 506	4 553	4 579	4 708	4 916	5 086
Geld und Kredit ¹⁾										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	1 769	1 872	1 826	1 833	1 852	1 912	1 921	1 932	1 947 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 333	1 429	1 386	1 391	1 397	1 452	1 461	1 469	1 479 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	436	453	439	442	454	460	460	463	468 ^P
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	1 187	1 254	1 191	1 196	1 213	1 267	1 272	1 276	1 294 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	548	569	538	540	543	570	573	574	704 ^P
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	24 650	25 770	33 599	20 383	20 544	21 815	36 686	21 127	21 625
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	15 462	16 218	24 809	11 067	10 346	12 906	28 045	11 656	11 386
Lohnsteuer	Mill. DM	10 741	11 362	10 855	10 939	10 615	12 211	11 851	11 796	11 499
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 356	2 197	7 839	- 482	- 397	- 569	8 299	- 368	- 452
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	8 823	9 207	8 788	8 557	9 952	8 629	8 639	8 628	9 969
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 932	4 625	4 698	3 867	4 990	3 669	4 366	3 651	4 906
Bundessteuern	Mill. DM	4 343	4 505	4 456	4 480	4 788	4 604	4 562	4 613	4 711
Zölle	Mill. DM	395	444	427	486	494	429	429	456	448
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 678	3 778	3 827	3 770	4 026	3 755	3 905	3 889	3 957
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ²⁾	1980 = 100	113,8	116,1	115,1	115,4	115,2	114,4	114,1	113,5	113,9 ^P
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ²⁾	1980 = 100	108,2	106,9	107,5	106,7	106,0	102,7	102,7	101,6	103,0 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ²⁾	1980 = 100	115,8	119,2	119,7	120,3	120,3	121,9	122,1	121,9	121,9
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1980 = 100	111,4	114,3	.	.	114,8	115,4	.	.	115,5
Bauleistungen am Bauwerk ³⁾	1980 = 100	111,2	114,0	.	.	114,2	114,8	.	.	114,9
Preisindex für den Straßenbau	1980 = 100	99,5	100,8	.	.	101,3	103,0	.	.	103,5
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1980 = 100	115,6	118,4	118,3	119,0	119,2	120,7	120,9	121,1	121,3
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	114,3	116,0	115,0	115,0	115,2	116,0	116,2	115,9	116,1
Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	113,0	115,7	116,2	116,6	117,0	118,3	118,8	119,1	119,7
Wohnungsmieten	1980 = 100	115,6	120,0	120,9	121,5	121,9	124,3	124,5	124,7	124,8
Energie (ohne Kraftstoffe)	1980 = 100	124,5	128,8	129,0	132,0	130,9	131,8	134,3	133,4	134,5
Übriges für die Haushaltsführung	1980 = 100	113,7	115,9	116,2	116,3	116,5	118,0	118,1	118,2	118,5
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1980 = 100	115,6	118,0	118,3	118,4	118,5	119,8	120,1	120,2	120,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1980 = 100	117,1	120,1	119,4	121,8	122,0	123,2	122,4	123,5	123,6
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1980 = 100	111,4	114,2	113,7	114,3	115,1	115,6	115,7	115,8	116,3
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1980 = 100	118,5	120,8	121,4	121,4	121,5	126,3	126,3	126,4	126,4

1) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 3) Ohne Baunebenleistungen. 4) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Auftragseingänge im November und bis November höher als im Jahr zuvor

Die Auftragseingänge von Industrie und Handwerk in Rheinland-Pfalz lagen im November 1985 um 2,8 % höher als im entsprechenden Vorjahresmonat. Die Inlandsbestellungen nahmen um 4 %, die Auslandsaufträge um 0,9 % zu. Eine kräftige Zunahme der Ordertätigkeit konnte wiederum der Maschinenbau einschließlich Büromaschinen und ADV-Geräte mit einem Zuwachs von 20 % verzeichnen, was vor allem auf die wesentlich höheren Auslandsbestellungen (+ 28 %) zurückzuführen ist.

In den ersten elf Monaten 1985 erhöhten sich die Aufträge im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 4,2 %. Die Nachfrage aus dem Inland stieg um 3,2 %, aus dem Ausland sogar um 5,9 %. fu

Auftragseingänge auch 1985 wieder höher

Die Auftragseingänge der rheinland-pfälzischen Betriebe des verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten lagen 1985 um + 4,1 % über dem Ergebnis des Vorjahres. Die Auslandsbestellungen erhöhten sich um + 5,2 %, die Inlandsbestellungen um 3,4 %.

Das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (+ 5,8 %) und das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe (+ 5,1 %) verzeichneten den stärksten Zuwachs. Für das Investitionsgüter produzierende Gewerbe ergibt sich eine Zunahme um 1,4 %. Besonders Anteil an dem Zuwachs hatten die chemische Industrie (+ 6,7 %) sowie der Maschinenbau einschließlich Büromaschinen und ADV-Geräte (+ 13,3 %). fu

Ausfuhren nahmen in den ersten elf Monaten 1985 um fast 10 % zu

Von Januar bis November 1985 exportierte die rheinland-pfälzische Wirtschaft Waren im Wert von mehr als 28,2 Mrd. DM. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stiegen die Lieferungen um 9,6 %. Die Ausfuhren der Bundesrepublik erhöhten sich in dieser Zeit ebenfalls um rund 10 %. Von den aus dem Bundesgebiet ins Ausland gelieferten Erzeugnissen entfielen 5,7 % auf rheinland-pfälzische Exporteure.

Im November 1985 exportierten rheinland-pfälzische Unternehmen Güter für 2,4 Mrd. DM. Das sind 2,7 % weniger als im November 1984. Die Lieferungen nach Italien (+ 11 %) und Großbritannien (+ 5,9 %) nahmen zu, die in die Niederlande (– 17 %) sowie in die Vereinigten Staaten und nach Kanada (– 16 %) ab. pe

kurz + aktuell

Produktion von Januar bis November über Vorjahresniveau

Die Produktion von Industrie und Handwerk in Rheinland-Pfalz lag in den ersten elf Monaten 1985 um 2,2 % höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Mit Ausnahme des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes (- 1 %) wurden in den übrigen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes Zunahmen der Produktion zwischen 2,3 und 4,6 % erzielt. fu

Warenlieferungen in die DDR und nach Berlin (Ost) um 20 % gestiegen

Von Januar bis November 1985 stiegen die Lieferungen der rheinland-pfälzischen Wirtschaft in die DDR und nach Berlin (Ost) gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um mehr als 20 % auf rund 274 Mill. DM. Der Wert der von dort bezogenen Güter erhöhte sich um 8,8 % auf über 73 Mill. DM.

Mehr als vier Fünftel der Lieferungen in die DDR und nach Berlin (Ost) entfielen auf chemische Erzeugnisse. Unter den hier empfangenen Sendungen führten ebenfalls Erzeugnisse der chemischen Industrie mit knapp einem Drittel, gefolgt von Textilien und Bekleidung (21 %) sowie Leder bzw. Lederwaren und Schuhen (7,5 %).

Im Vergleich zu den ersten elf Monaten 1984 nahmen die rheinland-pfälzischen Lieferungen von Nahrungs- und Genußmitteln um 46 %, die von chemischen Erzeugnissen um 25 % zu. Unter den Bezugsgütern aus der DDR und Berlin (Ost) stieg der Empfang von Leder, Lederwaren und Schuhen um 56 %, der von chemischen Erzeugnissen um 31 %. Die Nachfrage der heimischen Wirtschaft nach Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe sank indessen um ein Viertel. pe

Höhere Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

Bei den rheinland-pfälzischen Betrieben des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten gingen im November 1985 Aufträge in Höhe von 252 Mill. DM ein. Damit wurde der Wert vom November 1984 um 7,5 % übertroffen. Die Summe der von Januar bis November 1985 eingegangenen Bauaufträge war mit 3,7 Mrd. DM um 3,4 % höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. spe

Weniger Betriebe im Ausbaugewerbe

Im rheinland-pfälzischen Ausbaugewerbe gab es Mitte 1985 589 Betriebe mit zehn und mehr Beschäftigten. Das sind 46 Betriebe oder 7,2 % weniger als im Jahr zuvor. Zwei von drei Betrieben sind Kleinbetriebe mit bis zu 19 Arbeitskräften. Nur zehn Betriebe beschäftigten 100 und mehr Personen. Die Zahl der Kleinbetriebe nahm etwas stärker ab (- 7,5 %) als die der Groß- und Mittelbetriebe (- 6,7 %). spe

64 800 Beschäftigte im Bauhauptgewerbe

Im Juni 1985 gab es im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe 3 814 Betriebe mit insgesamt knapp 64 800 Beschäftigten. Das sind 2,9 % Betriebe und 7,5 % Beschäftigte weniger als im Vorjahr. Jeder dritte Bauarbeiter ist in einem Kleinbetrieb unter 20 Beschäftigten tätig, jeder vierte in einem Großbetrieb mit 100 und mehr Personen. Die Zahl der gewerblichen Auszubildenden lag mit 3 828 um 721 niedriger als im Vorjahr. Ihr Anteil an den Beschäftigten insgesamt erreichte mit 5,9 % einen etwas niedrigeren Wert als 1984 (6,5 %). hw

Niedrigwasser führte zu rückläufiger Umschlagleistung in der Binnenschifffahrt

Im November 1985 wurden in den rheinland-pfälzischen Rhein- und Moselhäfen insgesamt 2 Mill. t Güter umgeschlagen. Das sind 22 % weniger als im entsprechenden Vorjahresmonat. Wie bereits im Oktober wirkte sich das anhaltende Niedrigwasser negativ aus. Obwohl die Zahl der be- und entladenen Schiffe um 1 % zunahm, gingen infolge der geringeren Auslastungsmöglichkeiten der Ladekapazität die Ausladungen um 20 % auf 1,2 Mill. t und die Versandmenge um 24 % auf 0,8 Mill. t zurück.

Mit Ausnahme von Kohle, Koks und Briketts (+ 8,2 %) wurden für alle Gütergruppen Minderungen festgestellt. Am stärksten waren Steine und Erden betroffen, deren Umschlag um fast 300 000 t auf 931 000 t zurückging (- 24 %). Auch für Mineralölerzeugnisse sowie Erze und Metallabfälle ergaben sich erhebliche Einbußen (- 72 000 bzw. - 68 000 t).

Von Januar bis November 1985 belief sich die Umschlagsleistung der rheinland-pfälzischen Häfen auf 26,6 Mill. t Güter. Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine Abnahme um 9,3 %. Noch stärker gingen die Verladungen zurück, und zwar um 16 % auf 10,7 Mill. t. Die Entladungen verringerten sich auf 15,9 Mill. t (- 3,9 %). Neben dem Niedrigwasser vom Herbst 1985 sind hierfür die erheblichen Beeinträchtigungen der Schifffahrt in den ersten Monaten 1985 durch Frost und Eisgang verantwortlich. Mit 29 800 blieb die Zahl der be- und entladenen Schiffe nahezu unverändert (- 0,3 %). pf

Stundenlöhne der Handwerker 14,87 DM

Die rheinland-pfälzischen Arbeiter im Handwerk verdienten im November 1985 durchschnittlich 14,87 DM brutto in der Stunde. Das sind 2,6 % mehr als im entsprechenden Monat des Vorjahres. Bei den Vollgesellen stiegen die Stundenverdienste auf 15,81 DM, bei den Junggesellen auf 11,82 DM. Die Bruttowochenverdienste erhöhten sich im gleichen Zeitraum für Vollgesellen um

3,3 % auf 652 DM und für Junggesellen um 3,8 % auf 487 DM.

Die Vollgesellen im Zentralheizungs- und Lüftungsbauerhandwerk erreichten mit 16,27 DM bzw. 687 DM den höchsten Stunden- und Wochenlohn. An letzter Stelle liegen mit 15,11 DM bzw. 608 DM die Kraftfahrzeugmechaniker.

Die bezahlten Wochenstunden aller Voll- und Junggesellen stiegen innerhalb Jahresfrist geringfügig um 0,2 % bzw. 0,7 % auf jeweils 41,2 Stunden an. ze

Stundenverdienst der männlichen Industriearbeiter 17,10 DM

Im Oktober 1985 betrug der durchschnittliche Bruttostundenverdienst der männlichen Industriearbeiter in Rheinland-Pfalz 17,10 DM (+ 4,4 % gegenüber Oktober 1984), Frauen erhielten 12,11 DM (+ 4,3 %). Der durchschnittliche Bruttowochenverdienst erhöhte sich bei den Männern wegen des geringfügigen Rückgangs der wöchentlichen Arbeitszeit auf 41,2 Stunden nur um 3,8 % auf 704 DM. Arbeiterinnen, deren wöchentliche Arbeitszeit mit 39,2 Stunden unverändert blieb, kamen auf 475 DM (+ 4,4 %).

Kaufmännische Industrieangestellte (ohne leitende Kräfte) verdienten durchschnittlich 3 655 DM im Monat (+ 3,2 %), technische Angestellte 4 457 DM (+ 3,8 %).

Im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe erhielten männliche kaufmännische Angestellte monatlich 3 317 DM (+ 2,3 %), ihre Kolleginnen 2 275 DM (+ 3 %).

Bei allen Angaben sind einmalige oder in unregelmäßigen Abständen geleistete Zahlungen unberücksichtigt. ze

Fleisch billiger, Fisch teurer Verbraucherpreise im Januar

Das rheinland-pfälzische Verbraucherpreisniveau blieb im Januar nahezu unverändert. Im Vergleich zum Januar 1985 waren Rindfleisch zum Kochen und Schweinefleisch zum Braten um rund 1 % billiger. Der Preis für Butter lag um 2 % niedriger als vor einem Jahr. Kartoffeln (- 12 %), Bananen (- 9 %) und Äpfel konnten ebenfalls preiswerter eingekauft werden. Teurer waren dagegen Kopfsalat (+ 8 %) und Tomaten (+ 5 %). Erheblich mehr mußte für frisches Rotbarschfilet (+ 20 %) und frischen Kabeljau (+ 9 %) bezahlt werden.

Mitte Januar wurde in Rheinland-Pfalz ein durchschnittlicher Heizölpreis von 65,63 DM für 100 Liter ermittelt. Damit ergab sich eine Verbilligung gegenüber Januar 1985 um 20 %. So preiswert war Heizöl, abgesehen vom März 1983 (64,41 DM), zuletzt in der Zeit vor Dezember 1980. br

Erneut weniger Milchkühe

Anfang Dezember 1985 gab es in Rheinland-Pfalz 631 800 Rinder, darunter 220 000 Milchkühe. Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Rinderbestand um 0,9 % verringert. Die Zahl der Milchkühe ging um 3,3 % zurück. Bei den zum Schlachten bestimmten Tieren zwischen ein und zwei Jahren sowie den über zwei Jahre alten waren dagegen teilweise beträchtliche Zunahmen festzustellen.

Die Zahl der Schweine lag mit 666 900 Tieren um 4,3 % über der des Vorjahres. Diese Zunahme betraf mit Ausnahme der Mastschweine über 110 kg alle Gewichtsklassen und Nutzungsrichtungen. Von besonderer Bedeutung für die weitere Entwicklung des Bestandes ist die Zunahme der Ferkel (+ 5 %) und Zuchtsauen (+ 6 %). rö

Annähernd zwei Millionen Kraftfahrzeuge in Rheinland-Pfalz

Anfang Januar 1986 waren in Rheinland-Pfalz 1 969 713 Kraftfahrzeuge zum Verkehr zugelassen. Gegenüber dem 1. Januar 1985 stieg diese Zahl um 47 372 oder 2,5 %. Rheinland-Pfalz hat mit 544 Kraftfahrzeugen je 1 000 Einwohnern die höchste Kraftfahrzeugdichte aller Bundesländer (Bundesdurchschnitt 506).

Bei den Personen- und Kombinationskraftwagen erhöhte sich die Zahl der Mittelklassefahrzeuge mit 1 200 bis 2 000 ccm Hubraum um 4,3 %, die Zahl der Personenkraftwagen über 2 Liter Hubraum um 3,9 %. Lediglich für Kleinwagen bis zu 1 200 ccm ergab sich ein Rückgang (- 1,4 %).

Bis auf Lastkraftwagen (- 0,3 %) waren für alle Fahrzeugarten Zunahmen festzustellen. Der Bestand an Personenkraftwagen nahm zwischen Anfang 1985 und 1986 um 2,6 % auf 1 494 602 zu und hat sich damit in den letzten 15 Jahren fast verdoppelt. Kombinationskraftwagen gab es 5,8 % mehr.

Seit 1950 hat sich die Kraftfahrzeugdichte in unserem Land mehr als verzehnfacht. Kamen 1950 auf 1 000 Einwohner über 18 Jahren 59 Kraftfahrzeuge, waren es 1986 insgesamt 682. Für die Personenwagen und Kombis ergibt sich ein noch weitaus stärkerer Anstieg. Von 14 Personenkraftwagen je 1 000 Einwohner über 18 Jahren im Jahre 1950 stieg die Dichte auf 565 an. pf

Zahl der tödlich verunglückten Motorrad- und Fahrradfahrer nahm um 40 % ab

Im Jahre 1985 ereigneten sich auf den rheinland-pfälzischen Straßen 19 554 Verkehrsunfälle mit Personenschaden. Das sind 10 % weniger als im Jahre 1984. Die Gesamtzahl der durch die Polizei aufgenommenen Unfälle stieg um 2,4 %.

Landesweit kamen 523 Menschen im Straßenverkehr ums Leben (- 111 Personen oder - 18 %). Insgesamt 7 910 Verunglückte mußten stationär behandelt werden, 17 860 Personen wurden leicht verletzt (jeweils - 11 %). Die im Jahre 1985 ermittelte Zahl an Verkehrstoten ist die niedrigste seit 1951.

Von den 523 tödlich verunglückten Verkehrsteilnehmern waren 302 Fahrer oder Mitfahrer von Personenkraftwagen (+ 16 Personen oder + 5,6 %). Die Zahl der tödlich verunglückten Motorradfahrer ging um 45 auf 92 zurück (- 33 %). Bei den Radfahrern wurde ein Rückgang um 28 auf 18 Getötete festgestellt (- 61 %). Die Zahl der Fußgänger, die Opfer des Straßenverkehrs wurden, nahm um 49 auf 93 ab (- 35 %). pf

Weniger Unfälle mit Personenschaden, jedoch mehr mit Sachschaden

Im November 1985 wurden auf den rheinland-pfälzischen Straßen 11 747 Verkehrsunfälle polizeilich aufgenommen. Das sind 15 % mehr als im November 1984. Diese Entwicklung ist auf die starke Zunahme um fast 1 000 leichte Sachschadensunfälle und um 635 Unfälle mit schwerem Sachschaden zurückzuführen. Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden verringerte sich um 6,6 % auf 1 502. Insgesamt kamen 42 Personen im Straßenverkehr ums Leben (November 1984: 61), 614 Verkehrsteilnehmer wurden schwer (604) und 1 380 leicht (1 505) verletzt.

Unter den verunglückten Personen waren 1 372 Insassen von Personenkraftwagen (+ 7,8 %), 242 Fußgänger (- 10 %), 241 Fahrer oder Mitfahrer von motorisierten Zweirädern (- 40 %) und 117 Radfahrer (- 28 %).

Von Januar bis November 1985 ereigneten sich in Rheinland-Pfalz 110 349 Straßenverkehrsunfälle. Das sind 2,6 % mehr als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. Bei insgesamt 18 157 Unfällen, die Personenschaden zur Folge hatten (- 10 %), wurden 466 Verkehrsteilnehmer getötet (- 104) sowie 7 283 schwer und 16 580 leicht verletzt (- 940 bzw. - 1 929). Relativ stark gingen die Zahlen der verunglückten motorisierten Zweiradfahrer (- 15 %) und Pkw-Insassen (- 12 %) zurück. Die Zahl der Unfälle mit nur Sachschaden erhöhte sich um 5,5 % auf 92 192. pf

Themen der folgenden Hefte

Ausländer
Daten zum Wald
Investitionen im verarbeitenden Gewerbe 1984
Umsatzentwicklung der rheinland-pfälzischen Unternehmen
Maschinelle Geräteverwaltung nach MedGV
Mögliche Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2050
Außenhandel mit Kraftfahrzeugen

Zeichenerklärungen

- | | |
|--|------------------------|
| — = nichts vorhanden | D = Durchschnitt |
| 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit | p = vorläufige Angabe |
| · = kein Nachweis vorhanden / Angabe nicht möglich | r = berichtigte Angabe |
| ... = Angabe fällt später an | s = geschätzte Angabe |
| () = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist | |

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 – 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.